

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Kauzelpreis: 50 Pf. für die 3 gepost. Hefen. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von G. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prill, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

### Der wirtschaftliche Schaden der Arbeitslosigkeit.

Der Bundesausschuss des ADGB, der sich in seiner Sitzung Ende Juli besonders mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigte, wies die Annahme zurück, daß in Deutschland rund 1,1 Millionen Arbeiter das ganze Jahr hindurch Unterstützung beziehen müßten. Der betreffende Abschnitt der EntschlieÙung lautet:

„Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen UnterstüÙter zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuss erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so fürchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit kaltblütig zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird.“

Mit Recht wird hier gegen die Annahme einer dauernd hohen Arbeitslosigkeit protestiert. Kaltblütig findet man sich in der breiteren Öffentlichkeit damit ab, daß mehr als eine Million deutscher Arbeiter für immer von jeder Beschäftigung ausgeschlossen sein sollen. Die wenigsten machen sich einen Begriff, was eine solch hohe Arbeitslosigkeit wirtschaftlich bedeutet. Und doch ist dies das Kernproblem der deutschen Wirtschaftsentwicklung überhaupt. Wenn wir zur wirklichen Erfassung der Arbeitslosigkeit schreiben wollen, so liegen immerhin schon einige Berechnungen vor, wie die Volkswirtschaft durch die Ausschaltung von Arbeitskräften geschädigt wird. Der bekannte Professor Julius Hirsch hat in letzter Zeit mehrere Arbeiten veröffentlicht, die den Goldwert des Arbeitsjahres bzw. der Arbeitsstunde festzustellen versuchen. In einem Artikel des „Z.“ vom 14. Juli kommt Hirsch zu der Auffassung, daß die Wirtschaftskonjunkturen 1927 der deutschen Wirtschaft einen Zuwachs von mindestens 7 bis 8 Milliarden Mark gebracht hat. Dieser Zuwachs setzt sich aus folgenden Posten zusammen:

Industrie und Gewerbe	5,00—5,50 Milliarden Mark
Handel	1,50 Milliarden Mark
Verkehr	0,50 Milliarden Mark
Sonstige	0,50—0,75 Milliarden Mark
	7,50—8,25 Milliarden Mark

Diese Zahlen vermitteln ein eindrucksvolles Bild, welche Verluste zu tragen sind, wenn eine Wirtschaftskrise herrscht oder eine nicht genügende Ausnutzung des Produktionsapparates stattfindet. Hirsch schätzt den

#### Goldwert des Arbeitsjahres

je Kopf des in der Industrie und im Handwerk Beschäftigten im Gesamtdurchschnitt auf rund 2850 Mk. Für England hat der bekannte englische Nationalökonom Professor Keynes den Wert einer Arbeitskraft auf 220 Pfund Sterling oder rund 4400 Mk. pro Jahr berechnet. Nehmen wir aber die Summe von rund 3000 Mk. als gegeben an, so verursacht ein Arbeitslosenheer von 1,1 Millionen den dauernden Verlust einer Mehrproduktion in Höhe von 3,3 Milliarden Mark; nach Keynes sogar 4,8 Milliarden Mark. Das sind Zahlen, die zu denken geben sollten und die besten Köpfe der Wirtschaft veranlassen müßten, der Frage einmal nachzugehen, ob dieser dauernde Verlust an Produktionswert und Kaufkraft wirklich notwendig ist.

In der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 563 befand sich eine Zuschrift eines Oberingenieurs, der trotz aller Bemühungen keine Beschäftigung mehr finden konnte, weil er zu alt sei. Er war Ende der 40! In dieser Zuschrift wird mit Recht die Frage aufgeworfen, daß man sich in Wirtschaftskreisen keine Mühe gibt, einmal nachzurechnen, wie hoch der Herstellungswert eines gereiften Menschen

ist. Hierüber sind die Ansichten sehr verschieden. Eine Schätzung lautet, daß die Aufzucht eines vollwertigen Menschen einen Kostensatz von 20 000 Mk. verursacht. Aber wenn wir auch nur 10 000 Mk. annehmen, so repräsentiert die Armee der Beschäftigungslosen einen ungeheuren Wert. Um bei der Annahme von 1,1 Millionen Dauerarbeitslosen zu bleiben, handelt es sich bei diesen Menschen um einen Wirtschaftswert von 11 Milliarden Mark. Diese Summe wurde zur Aufzucht jener Menschen verwendet, die heute vergeblich nach Arbeit suchen. Wenn die Ausschaltung derartiger Werte in Gestalt lebendiger Arbeitskräfte als Auswirkung der Rationalisierung bezeichnet wird, dann müßten wir uns sehr wohl gegen den Gedanken wenden, daß eine noch schärfere Rationalisierung eintreten müsse.

Am grünen Tisch der Kommission, welche die Arbeitslosenfrage zu untersuchen hatte, hat man die Zahl von über

eine Million Arbeitslose als ein unabänderliches Maß kaltblütig hingenommen. Wirklich eine armselige Wirtschaft, die es nicht versteht, dieser Verwüstung an Menschekraft Einhalt zu gebieten. Und doch müßte es unschwer möglich sein, Arbeitsgelegenheiten für viele Tausende zu finden. Wenn man z. B. das Baugewerbe betrachtet, so stoßen wir auf eine unrationelle Betriebswirtschaft, wie sie schlimmer nicht zu denken ist. Es wird gerade auf diesem Gebiete als selbstverständlich hingenommen, daß den ganzen Winter über die Bauwirtschaft dantiederliegt. Der Ausfall an Arbeitsstunden wurde in dem milden Winter 1927/28 auf rund 900 Millionen berechnet. 900 Millionen Arbeitsstunden bedeuten die Einschränkung der Kaufkraft um mindestens 1,3 Milliarden Mark. Hier müßte sich am ehesten ein Wandel schaffen lassen. Der Mensch, der die Läden der Natur vollständig überwunden hat, vermag es nicht zu erreichen, daß Bäume auch im Winter gefällt werden können. Mit Recht schreibt Dr. Elisabeth Lübers im „Z.“ Nr. 365: „Wer das Problem löste, einen Kalk zu erfinden, der nicht gefriert und auch bei Frost sicher bindet, würde die Volkswirtschaft um Hunderte von Millionen

### Die Satten gegen die Erwerblosenfürsorge.

„Es ist so unklar, daß unsere Bewegung eine soziale ist, und daß man nicht Anleitungen zu schreiben hat, um die Inhaber von Melonen und Lachsen, von Pasteten und Eistorten, kurz den wohlhabenden Bourgeois zu beruhigen, sondern daß man Anstalten treffen muß, um den Armen, der kein weiches Brot, kein gutes Fleisch, keine warme Kleidung, kein Bett hat, der bei seiner Arbeit nicht mit Reiszuppen und Kamillentee besessen kann, den Armen, der am meisten von der Suche getroffen wird, durch eine Verbesserung seiner Lage vor derselben zu schützen? ... Ach, es ist sehr traurig, daß immer Tausende im Elend sterben müssen, damit es einigen Hunderten wohlgeht, und daß diese Hunderte, wenn wieder ein neues Tausend an die Reihe kommt, nur eine Anweisung schreiben.“ Rudolf Virchow.

jährlich bereichern. Keine dafür gezahlte Prämie wäre zu hoch.“ — Die Winterarbeit im Baugewerbe ist ein Weg, der beschritten werden könnte, um die Arbeitslosigkeit in ganz erheblichem Maße zu beschränken. Und deren Möglichkeiten gibt es noch viele, wenn man sich nur erst einmal um die Lösung dieses Zentralproblems der Wirtschaft ernsthaft kümmert.

Es ist an der Zeit, Menschenwirtschaft zu treiben.

In der kapitalistischen Wirtschaft steht der Mensch meistens außerhalb der Kalkulation. Es ist nicht notwendig, daß es 1,1 Millionen Dauerarbeitslose gibt. Eine Wirtschaft von der gesunden Struktur der unsrigen muß dieses Arbeitslosenheer zu verringern in der Lage sein. Auf Grund genauer Kalkulationen sind wir unterrichtet, wie die Produktion sich gestaltet, was die Maschinen leisten, wie es um die Handelsbilanz steht, über den Radius des Finanzkapitals usw. Menschenwirtschaft in der gleichen systematischen Weise zu treiben, daran hat man noch nicht gedacht. Man hat noch nicht danach geforscht, mit welchen Opfern an menschlichem Glück, menschlicher Gesundheit und verwüsteter Arbeitskraft alle kulturellen Errungenschaften bezahlt wurden. Der achtstündige Arbeitstag ist schon längst wieder zu lang. Die Arbeiterchaft muß neben den Gewerkschaften das Reichsparlament mit ihrem Geiste erfüllen, d. h. sich bei nächster Gelegenheit die Majorität holen.

### Die Fünftagewoche in den USA.

(ZGB.) In ihrer letzten Sitzung befaßte sich die Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes mit der Aufstellung des Tätigkeitsberichtes für den nächsten ordentlichen Kongress. Einer der Hauptpunkte dieser Übersicht betrifft die Fünftagewoche und die ersten Schritte, die im vergangenen Jahre besonders auf diesem Gebiete erzielt wurden. Den Feststellungen der Exekutive der amerikanischen Landeszentrale zufolge macht die „Fünftagewoche“ solche Fortschritte, daß sich ihre allgemeine Einführung nicht mehr aufhalten lassen wird. Die Zahl der Arbeiter, denen die Fünftagewoche zugute kommt, hat allein im vergangenen Jahre um eine halbe Million zugenommen.

Am meisten ist die Fünftagewoche in der Industrie für Männerbeschäftigung verbreitet. Im Jahre 1928 fand sie hier in 33 Prozent (1926: 49 Prozent) der Betriebe für 33 Prozent

(1926: 32,3 Prozent) der Arbeiter in Kraft. In der Automobilindustrie hat die Fünftagewoche in den Jahren 1925—1928 die größten Fortschritte gemacht (1925: 5 Prozent der beschäftigten Arbeiter; 1928: 30 Prozent). In der Industrie der Baugewerbes stellen sich die Zahlen wie folgt: 1928: 14,6 Prozent (1926: 6,6 Prozent). Am meisten kommt die Fünftagewoche in dieser Industrie den Malern und Maurern zugute. Unter der Fünftagewoche arbeiten heute bereits über die Hälfte der Mitglieder des Malerverbandes zur vollen Zufriedenheit und unter Mitwirkung der Kontrahenten der Unternehmenseite, die natürlich ursprünglich die Fünftagewoche bekämpften. Es wird damit gerechnet, daß bis 1. Januar 1930 die 150 000 Arbeiter von Newport und Umgebung samt und sonders fünf Tage pro Woche arbeiten werden. Granit- und Steinarbeiter: Im Jahre 1928 arbeiteten 12,9 Prozent der Arbeiter einen Teil des Jahres fünf Tage pro Woche. Zeitungs- und Druckerarbeiter: 1,4 Prozent der Arbeiter arbeiten unter der Fünftagewoche, 5 Prozent arbeiten sechs Tage, mit einer Gesamtarbeitszeit von 40 Stunden oder länger. Arbeiter in Glashereien und im Maschinenaufbau: Im Jahre 1928 arbeiteten 4,1 Prozent 5 Tage pro Woche (1926: 3,5 Proz.).

### Drei Jahre Keramischer Bund.

Am 1. August dieses Jahres waren drei Jahre vergangen seit der Gründung des Keramischen Bundes. Die Verbände der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter gaben am 1. August 1926 ihre Selbständigkeit auf, und durch Zutritt der grobkeramischen Gruppen des Fabrikarbeiterverbandes trat der Bund ins Leben. Keine neue Organisation innerhalb der deutschen Gewerkschaften wurde damit geschaffen, denn der Bund ist nur eine Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes, aber eine neue Organisationsform, völlig neu für das gesamte deutsche Gewerkschaftsleben, war in Erscheinung getreten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Gründung des Keramischen Bundes innerhalb der deutschen Gewerkschaften mit größtem Interesse verfolgt wurde. Eine Reihe von Stimmen wurde laut, die diese Gründung als ein verheißenes Experiment bezeichneten und die eine solche Bundesorganisation innerhalb einer Gewerkschaft für untragbar hielten. Die vergangenen drei Jahre haben bewiesen, daß dieser Pessimismus unberechtigt war. Heute kann gesagt werden, daß die Schaffung des Bundes für alle Beteiligten ein Gewinn ist. Es ist sehr zweifelhaft, ob eine Verschmelzung in anderer Weise einen so reibungsarmen Zustand, wie wir ihn hatten, hätte hervorbringen können. Es darf nicht vergessen werden, daß es sich bei den Verbänden der Glasarbeiter und Porzellaner um Facharbeiterorganisationen handelte, die beide eine lange und auf enger Berufszugehörigkeit aufgebaute Tradition hatten. Die Geschichte der beiden Verbände ist ehrenvoll, und es ist ganz natürlich, daß die Facharbeiter der beiden Organisationen auf die Entwicklung ihrer Organisation stolz und nur schwer zu bewegen waren, die Selbständigkeit aufzugeben. Vor allem waren starke Bedenken vorhanden, ob die Facharbeiterinteressen innerhalb einer Organisation, die in der Hauptsache aus Angelernten und Angelernten bestand, so gewahrt werden würden, wie es in den alten Fachorganisationen der Fall war.

Dabei wurde gewiß nicht verkannt, daß der Fabrikarbeiterverband während der Zeit seines Bestehens außerordentlich wertvolle Arbeit geleistet hat, und daß diese Arbeit auf einem Gebiet geleistet wurde, das viel schwerer zu bearbeiten war als solche Gebiete, die den Facharbeiterorganisationen als Organisationsgrundlage dienen. Organisationen von gleicher Bedeutung nahmen die Verhandlungen auf, die zu einem der bedeutendsten Zusammenschlüsse in der deutschen Gewerkschaftsbewegung führten.

Die Verhandlungen selbst waren nicht leicht, und oftmals kam es zu erregten Ausbrüchen. Während auf der einen Seite die Vertreter der alten Verbände möglichst weitgehende Rechte im neuen Verbände für sich verlangten, mußten die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes darauf achten, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit ihrer Organisation gewahrt blieb.

Alle Verhandlungsteilnehmer kamen in die Sitzung hinein mit dem festen Bestreben, die Sache zu fördern, und trotzdem oder vielleicht gerade, weil es sich um verhandlungsgewohnte und verantwortungsbewußte Männer handelte, schien es manchmal, als ob die Gegensätze in der Anschauung über den richtigen Weg zur Verschmelzung unüberbrückbar wären. Aber was bei den Verhandlungen im Kreise der direkt Beteiligten nicht erreicht werden konnte, das wurde erreicht durch die Mitarbeit des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Allen Kollegen des ADGB, die mitarbeiteten, vor allem dem Kollegen Leipart, wollen wir an dieser Stelle unseren Dank für ihre Hilfe nochmals zum Ausdruck bringen.

Es wäre natürlich zwecklos, heute noch einmal alle die damals vorhandenen widerstrebenden Ansichten aufzuzählen. Es genügt, wenn wir sagen: Das Werk gelang! Das zeigt eben von dem guten Willen und der festen Absicht der verhandelnden Personen, den Gedanken des

lecken Zusammenschlusses innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung in die Tat umzusetzen.

Gewiß sind drei Jahre keine lange Zeit im Leben der Gewerkschaften, und wenn wir trotzdem nach so verhältnismäßig kurzer Zeit so frei und froh sagen können, daß das Werk gelungen ist, dann können alle Beteiligten auf ihre Arbeit stolz sein.

In den vergangenen Jahren sind bedeutende Erfolge auf gewerkschaftlichem Gebiet zu verzeichnen gewesen. Die Branche Porzellan hatte im Jahre 1927 einen großen Kampf zu bestehen. Rund 40 000 Kollegen und Kolleginnen befanden sich im Streik oder waren ausgesperrt.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß der Bund seine Aufgaben nun erfüllt hätte. Trotz der gemachten Fortschritte bleibt noch ein gewaltiges Stück Arbeit übrig. Die Lebenslage der vom Bund vertretenen Arbeiterschaft verlangt dringend nach weiterer Verbesserung.

Aber der Erfolg unserer Bewegung hängt nicht allein vom Arbeitswillen und dem Arbeitsseifer der Bundesangehörigen ab, hängt nicht allein ab von der Arbeit der ehrenamtlichen und besoldeten Funktionäre im Lande.

### Die Macht der Arbeiterbewegung im Spiegel der Industrie.

Die von den Industrie- und Handelskammern an der Ruhr herausgegebene Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung“ behandelt in ihren Nummern 33 und 34 die wirtschaftliche Macht der Arbeiterbewegung.

was selbst Unternehmer zugestehen müssen: die Macht der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei der Konsumvereine, überhaupt die Institutionen der modernen Arbeiterbewegung.

### Der leistungsunfähige Betrieb soll fahrend sein?

In der Porzellanindustrie wurde ein Kartell für Geschirrporzellan errichtet, das ungefähr 80 Prozent der Gesamtproduktion umfaßt.

„Man kann es nur bedauern, daß hier wieder eine der wenigen noch durchaus exportfähigen Industrien den Versuch

### Die Wurzel des sozialen Abels.

Die Bildung schädlicher Organismen in der Natur absolut zu verhüten, wird dem Menschen nie möglich sein, aber seine eigene, durch ihn selbst geschaffene Gesellschaftsorganisation so zu verbessern, daß sie günstige Existenzbedingungen für alle schafft, gleiche Entwicklungsfreiheit jedem einzelnen gibt, damit er nicht mehr nötig hat, seinen Hunger oder seinen Eigennutztrieb oder seinen Ehrgeiz auf Kosten anderer zu befriedigen, das ist möglich.

Bebel („Die Frau und der Sozialismus“).

macht, diese Exportfähigkeit auf Kosten des inneren Marktes zu erhalten. . . Das nun schon zum Überdruß wiederholte Argument, die gegenwärtig erzielten Preise ließen keinen Nutzen, heißt doch in Wirklichkeit nichts anderes, als daß ein paar kleine und technisch nicht gut ausgestattete Betriebe die Konkurrenz mit den großen Unternehmen nicht aushalten können.

Diesen Worten braucht nicht viel hinzugefügt zu werden. Die Maßnahmen der Porzellanindustrie liegen in der Tat in der Richtung, daß nicht der leistungsfähigste, sondern der leistungsunfähigste Betrieb den Ton angibt und das Tempo der Entwicklung bestimmt.

### Vom Werkverein in der Spinnstofffabrik Zehlendorf.

Der Werkverein bedarf zu seiner Existenz sorgfältiger Pflege, er braucht Treue und Unternehmensehre. In den rauhen, stürmischen Tagen der Nachkriegs- und Inflationszeit war kein Baden für diese Schwärmerpläne.

Der Betrieb, der Kammfäbrik herstellte, beschäftigte circa 800 Arbeiter und Angestellte. Die Nachbehandlungsbetriebe waren, weil die tarifliche Lohnsätze nach dem gewöhnlichen Tarifvertrag zu hoch waren, verbannt und bilden seit 1925 einen eigenen Betrieb, die „Textil- und Wollwaren-Fabrik“.

Mitgliedchaft in dieser „Lese“ war immerhin eine einträgliche Sache. Die Mitglieder erhielten neben obligaten Gespen eine Zulage von 15 Pf. pro Stunde.

Über große Zeiten erzeugen große Männer. Und da die Spinnstofffabrik keinen großen Mann hatte, so trat Herr August Heyn von der Schwefelfabrik Armit auf den Plan.

In den Betriebsversammlungen, die sich wiederholt mit dem Thema „Werkverein oder freie Gewerkschaft“ befaßten, jagte die Drahtzieher vor, zu kneten. Für die Güte der Sache spricht, daß man nur mag, im frühen zu sitzen.

Da die Arbeiter der Spinnne dem Werkvereinsgedanken ablehnend gegenüberstanden, wurden in letzter Zeit Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis des RPA, Berlin, Brandenburgstraße, angefordert.

Die Arbeitsverhältnisse in der Kunstseideindustrie sind durchaus keine rosig. Die Löhne sind unzureichend, daher muß auch der letzte Arbeiter endlich begreifen, daß zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Mitgliederschaft und Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Organisation unbedingte Voraussetzung ist.

Kolleginnen und Kollegen der Spinnstofffabrik, geht dem „Materiapalast“ Heyn die richtige Antwort, indem ihr euch restlos dem Verband der Fabrikarbeiter anschließt!

### Die internationalen Kriegsschulden im Hintergrund der Haager Konferenz.

Aber die finanziellen Zusammenhänge bei der Haager Konferenz bringt der folgende Artikel einige interessante Aufschlüsse, die die Haltung der verschiedenen Staaten verständlich machen.

Die Forderung des englischen Schatzkanzlers Snowden nach Abänderung des Young-Planes zugunsten Englands kann ohne die Berücksichtigung der Regelung der internationalen Kriegsschulden schwer verstanden werden.

ursprünglichen Schuld), von Italien für 888 Millionen Pfund in 62 Raten 270 Millionen Pfund (gegenwärtig 22,1 Prozent).

Die englische Regierung darüber, daß die Beteiligung Englands an den deutschen Reparationsleistungen im Young-Plan zu seinen Ungunsten geändert wurde, ist erst im Lichte dieser Passagen verständlich. Allerdings sollte England auch im Rahmen des Young-Planes in der Lage sein, aus dem Geleite der deutschen Reparationsleistungen zugunsten der Jahresraten seiner Kriegsschulden (und nach Abzug der Beteiligung der britischen Dominionen an den englischen Reparationsraten) seine eigenen Jahresraten an Amerika abzudecken. Damit müßte sich England der früheren Walfour-Note zufolge eigentlich zufrieden geben. Wenn nun Snowden gegen die Veranschlagung Englands im Young-Plan Stirn lief, so erfolgte dies offenbar auch mit Rücksicht auf die veränderte wirtschaftliche Lage Frankreichs. Während England mit großer Arbeitslosigkeit kämpft, herrscht in Frankreich Hochkonjunktur und Arbeitsmangel; während von England Gold in großen Mengen abfließt, sammelt sich die französische Notenbank einen Goldschatz, der bereits doppelt so groß ist als der der englischen; während England auf kurzfristige Anleihen in großem Umfang angewiesen ist, wurde Frankreich zum größten Geldgeber der Welt für kurzfristige Darlehen.

Allerdings hat Frankreich seine Kriegsdarlehen an Rußland eingeholt. Indessen betragen die englischen Kriegsanleihen an Rußland das Dreifache der französischen. Italiens Wirtschaftslage und Kapitalversorgung sind zwar nicht günstig, doch hat dieses wirtschaftliche Hindernis bei der Regelung seiner Kriegsschulden von den Vereinigten Staaten und von England Begünstigungen erhalten, die den demokratisch verwalteten Ländern bei weitem nicht zuteil wurden. Die Bedeutung des englischen Vorkurses liegt zweifellos nicht in den einigen Millionen Pfund, die von Snowden gefordert wurden, sondern geht viel tiefer; der Vorkurs selbst war jedoch nur auf Grund der geschäftlichen Schuldannahmen und der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung möglich.

### Frauenfragen.

#### Zusammenkunft der Funktionärinnen in Dresden.

Über „Die arbeitende Frau im Arbeitsschutzgesetz“ sprach Kollegin Anna Zammert (Hannover) am 21. August in Dresden. Seitens der sächsischen Gauleitung unserer Organisation wird besonders Wert darauf gelegt, daß auch eine Schulung der Funktionärinnen erreicht wird und die erworbenen Kenntnisse für die Mitgliederwerbung nützlich und weitergetragen werden.

Die Rednerin wies auf die große Bedeutung des Arbeiterschutzes und auf den Ursprung der Arbeitsschutzgesetzgebung hin. Staatspolitische Interessen waren es zunächst, die 1839 zur Schaffung eines Kinderschutzgesetzes zwangen, das im Gesetz über den Kinder- und Jugendschutz vom Jahre 1853 schon eine erhebliche Erweiterung erfuhr. Erst mit dem Inkrafttreten der Gewerbeordnung 1869 wurde die Grundlage für einen allgemeinen Arbeiterschutz gegeben. Neben einigen Schutzbestimmungen für alle gewerblichen Arbeiter erhielt der Titel 7 der Gewerbeordnung in der Hauptsache einen besonderen Schutz der Fabrikarbeiter, 1878 wurde dann endlich mit dem besonderen Arbeiterschutzes begonnen. Es wurde ein Verbot der gewerblichen Arbeit für Wöchnerinnen bis vier Wochen nach der Niederkunft erlassen. Außerdem wurde die Frauenarbeit unter Tage und in besonders gesundheitsgefährdenden Industrien verboten. Rednerin verwies auf Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“, das die Schäden der Erwerbsarbeit für den Körper der Frau schon aufgezeigt und betont, daß nur durch strenge Schutzgesetze das Übermaß von Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft verhindert werden kann. Diese klare Stellungnahme der aufstrebenden Arbeiterbewegung unterscheidet sich sehr vorteilhaft von den bürgerlichen Strömungen, die gegen den Arbeiterschutzes waren und mit dem Ruf „Die Frau gehört ins Haus“ die Arbeiterforderungen bekämpften. Heute ist das Bürgertum noch weniger dazu berufen, über Arbeiterschutzes zu sprechen und zu befinden als damals. Trotzdem hat die Arbeiterchaft noch viele Hindernisse zu überwinden. Im jetzt vorliegenden Arbeitsschutzgesetzentwurf, der demnächst im Reichstag zur Verabschiedung gelangt, sind die Bestimmungen über den Schutz der Arbeiterinnen sehr lückenhaft und unzureichend. Rednerin erläuterte nochmals die einzelnen Paragraphen (die in einem Auszug des „Proletariers“ Nr. 32 bereits zur Besprechung gelangten) und gibt damit Anregung für die Weiterarbeit der Funktionärinnen in den Betrieben und Versammlungen.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Weiterbildung der Kolleginnen unterstrichen und von einer Kollegin besonders bemängelt, daß die Organisation nicht durchsetzen könnte, daß auch der erforderliche Urlaub von 14 Tagen für einen Kursus in Wennigen bewilligt wird. Kollegin Zammert entgegnete darauf, daß auch dies ein Zeichen dafür sei, daß nur durch geschlossenes Zusammenstehen der Kolleginnen solche Willkürakte der Unternehmer verhindert werden könnten. Es gibt genügend Mittel und Wege, die Unternehmer eines anderen zu belehren. Aber wo die Kraft und der Wille fehlen, vom Unternehmer das zu verlangen, und wo nach durch ungenügende gewerkschaftliche Organisation der Kolleginnen der Einfluß des Verbandes geschwächt wird, beharrt eben der Unternehmer auf seinem Machtpunkt. Helfen wir alle mit, daß auch hier Besserung geschaffen wird!

Mit einer Aufforderung der Versammlungsleiterin an die anwesenden Kolleginnen, sich am folgenden Tage den Vortrag über „Arbeitslosenversicherung“ anzuhören, fand die lehrreiche Versammlung ihr Ende.

#### Auch eine Frauenkonferenz.

Auf unseren besonderen Frauenkonferenzen, über die in letzter Zeit wiederholt im „Proletarier“ berichtet wurde, standen immer dringende und aktuelle Zeitfragen zur Debatte mit dem Ziel, die Kolleginnen über ihre Interessen aufzuklären, sie für die Mitarbeit in der Organisation zu gewinnen und zu befähigen, im Kampf um Besserung ihrer Lebenslage mitzuwirken. Wesentlich andere Ziele und Bestrebungen dagegen führte die Arbeiterinnen des „Wärstenerbergischen Landesverbandes der katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen“ zu einer Tagung zusammen, von der aus Stuttgart berichtet wird, daß auch über das Thema: „Unsere besondere Zeitaufgabe“ beraten wurde. Schon rein äußerlich ließ die Zusammensetzung der Tagung — es waren

214 Arbeiterinnen und 9 Gesellschafter vertreten — erkennen, daß Aufgabe und Ziel dieser Organisation in erster Linie auf „sozialer Betätigung“ der Arbeiterinnen beruht. Nachstehende Abschlüsse gelangten dort zur Annahme:

Die Arbeiterin ist anderen Gefahren ausgesetzt als die Hausfrau. Daher ist überall besondere Sorgfalt zu betreiben, die Arbeiterinnen in den katholischen Arbeiterinnenvereinen notwendig. Die katholischen Arbeiterinnenvereine richten sich bezüglich ihrer Kleidung nach den bishöflichen Leitfäden. Dabei geben sie die Lösung aus: Keine Arbeiterin der katholischen Arbeiterinnenvereine trägt ein Kleid ohne Ärmel. Wie lang der Ärmel ist, bleibt dem Geschmack der einzelnen Arbeiterin überlassen. Selbstverständlich trägt die Arbeiterin nicht nur in der Kirche, sondern auch außerhalb derselben ein Kleid mit Ärmeln.

So steht die Interessenvertretung der katholischen Arbeiterin aus, wenn Gesellschafter die Führung haben. Aber Schwangerenschutz, weibliche Betriebsvertretung und anständige Löhne darf nicht mal ernstlich diskutiert werden — ganz zu schweigen von den Erfolgen solcher Interessenwahrnehmung. Die kleinste gewerkschaftliche Tarifbewegung ist mehr wert als ein Duzend solcher Frauenkongresse. Es ist wirklich an der Zeit, daß die katholischen Arbeiterinnen den

### Die Arbeiterorganisation fordert und fördert Arbeiterbildung.

Es zeigt sich, daß mit dem Wachstum der Organisation der Arbeiterklasse auch immer mehr Streben nach Bildung ihre Einrichtungen durchdringt. Mit der Ausbildung ihrer Einrichtungen wächst ihr Verständnis, ihr Interesse für die Güter der Kultur. Es wächst auf der einen Seite die Erkenntnis, daß das Werkzeug und durch es die Arbeitsweise, die Ökonomie, das Verhältnis des Menschen zur Natur, die politische und die allgemeine soziale Entwicklung bestimmen, daß die kapitalistische Produktion und die ihr entsprechende Wirtschaft die dinglichen Voraussetzungen und die subjektiven Kräfte schaffen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft, und daß das Zentrum dieser Kraft in der Arbeiterklasse liegt. Diese Erkenntnis ist das Bleibende des Marxismus; kein Zweifel kann mehr bestehen an seinem Siege. Edward Bernstein („Der Sozialismus sinkt und steht“).

Weg zur freigewerkschaftlichen Bewegung finden, die in allererster Linie das wirtschaftliche und soziale Interesse der Arbeiterinnen zu wahren weiß. Die Frau, die so viele Jahrhunderte in Knechtschaft und Sklaverei lebte, soll doch heute ein freier Mensch sein. Innerlich und äußerlich freie Menschen zu schaffen, das war das Streben der freigewerkschaftlichen Tätigkeit, weiß Menschen erheben müssen, die selbstbewußt und stark den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufnehmen können. Dieser Kampf ist nicht zu führen mit dem Grundsatz „Kein Kleid ohne Ärmel tragen“ oder mit der Parole „Gegen den Puhlkopf“, sondern nur durch geschlossenes Zusammenstehen in der freigewerkschaftlichen Organisation. Und deshalb rufen wir unseren Kolleginnen zu: Schafft Aufsichtsräte unter euren Arbeitsschwestern und werbt um sie! Dann wird es gelingen, Licht zu bringen in die Köpfe der Arbeitsschwestern mit Ärmelkleid. Wir werden sie gewinnen für unsere Sache, für den Gewerkschaftskampf. U. J.

### Wirtschaftliches.

#### Das Kartellgericht bestraft Preisermäßigungen.

Das Kartellgericht hat kürzlich eine Entscheidung (Nr. 119, Aktenzeichen K 280/28) gefällt, die Kopfschütteln erregen muß. Eine Firma im Wuppertal wurde zu 1000 Mk. sowie zur Erstattung der erwachsenen Kosten des Verfahrens verurteilt, weil sie ihre Mitgliedschaft im Bergischen Färberei- und Bleicherverband in Bargen gekündigt hat. In der Begründung hatte die Firma ausgeführt, daß

1. die Preise des Verbandes seit geraumer Zeit derart hoch und so wenig der rückläufigen Konjunktur angepaßt seien, daß es für die meisten Mitglieder des Verbandes unmöglich sei, zu diesen Preisen Aufträge hereinzubekommen, zumal die Preise der Außenleiter erheblich niedriger seien; 2. der Verband nicht verhindern könne, daß zahlreiche Mitglieder bis hinein in die Kreise seines Vorstandes fortgesetzt unter den Verbandspreisen arbeiten; 3. in den eigenen Reihen der Verbandsmitglieder die Bestimmungen des Verbandes nicht beachtet würden.

Nach der Urteilsbegründung des Kartellgerichts ... kann nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kein Zweifel darüber bestehen, daß die Antragsgewerkin (die verurteilte Firma, Die Red.) im Jahre 1928 und schon vorher in der vordersten Reihe der unterbietenden Verbandsmitglieder stand. Ein Kartellmitglied, dem ein solch schwerer Vorwurf zu machen ist, erscheint aber zur Beschwerdeführung wenig legitimiert. Im weiteren glaubt das Gericht feststellen zu müssen, daß die Preise unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse festgesetzt worden sind. Die Tatsache, daß trotzdem Unterbietungen durch Mitglieder und Außenleiter vorgekommen sind, spricht nicht ohne weiteres gegen die Angemessenheit der Preise.

Sind das nicht erhabene Zustände? Eine Firma wird vom Gericht zu 1000 Mk. Strafe verurteilt, weil sie billig verkauft; d. h. also, das Gericht verbietet die Herabsetzung

der Preise. Gewiß, die Firma soll zur Solidarität verpflichtet werden. Aber eine Solidarität, die gemeinschaftlich, antisozial wirkt, ist unsittlich. Das Urteil ist nur verständlich als Auswirkung der heutigen Wirtschaftsform.

#### Niemand darf billig kaufen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, ist kürzlich die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels zusammen mit dem Reichsverband des deutschen Groß- und Überseehandels und dem Reichsverband des Deutschen Handwerks bei dem Reichsverband der Deutschen Industrie vorstellig geworden, weil die Kreise des Handels und Handwerks durch den direkten Verkauf industrieller Werke an Angestellte schwer geschädigt werden.

In dem Schreiben wird ausgeführt, daß sich dagegen nichts sagen lasse, wenn ein Arbeitnehmer für seinen eigenen Bedarf Waren zu ermäßigten Preisen von dem Unternehmen beziehe, in dem er beschäftigt ist. Es müsse jedoch vermieden und eingeschränkt werden, wenn hierdurch ein Nebengeschäft gemacht werde. Es stelle einen wirtschaftlichen Mißstand dar, wenn Arbeitnehmer der Industrie mit Gegenständen, die ihnen zur Deckung ihres angeblichen Eigenbedarfs zu ermäßigten Preisen abgegeben werden, durch Weiterverkauf an Freunde, Bekannte und Verwandte usw. einen eigenen Handel treiben.

Alle Artikel, die im Haushalt gebraucht würden, auch Möbel, kaufe ein nicht unerheblicher Teil der Verbraucher durch Vermittlung von Angestellten und ... den der Werke. Den Angestellten und Arbeitern werde die Ware meist zum Einkaufspreis des Handels abgegeben, so daß sich die Angestellten mit einem verhältnismäßig kleinen Aufschlag begnügen und immer noch in der Lage seien, die Preislage für viele Artikel gründlich zu verderben. Häufig vermitteln die Arbeitnehmer derartige Käufe für ihre Bekannten auch lediglich aus Gefälligkeit, ohne dabei ein Geschäft machen zu wollen. Bei der großen Anzahl der Angestellten und Arbeiter der in Frage kommenden industriellen Werke wirke sich dieser Zustand häufig zu einer fühlbaren Schädigung von Handel und Handwerk aus.

Mit anderen Worten heißt das: Wir Händler wollen von jedermann den Gehrt haben wie im Mittelalter die Junker.

#### Millionenbeträge für die amtliche Interessenvertretung der Unternehmerschaft.

Die amtliche Vertretung von Industrie und Handel ist Aufgabe der Handelskammern, die ihre organisatorische Spitze im Deutschen Industrie- und Handelstag finden. Insgesamt bestehen in Deutschland 128 deutsche Handelskammern, zu denen noch 26 deutsche Handelskammern im Ausland hinzukommen, die die Interessen des deutschen Außenhandels zu vertreten haben. Das Ausland unterhält 27 Handelskammern im Reichsgebiet. Den deutschen Handelskammern gehören insgesamt 450 000 beitragspflichtige Betriebe an, von denen mehr als die Hälfte auf die preussischen Handelskammern entfallen. Berlin, Hamburg, München und Frankfurt a. M. sind gegenwärtig die größten Handelskammern in Deutschland. Die Verwaltungskosten der Handelskammern werden zum größten Teil durch Umlage bei den als Mitglieder eingetragenen Unternehmungen gedeckt, zum anderen Teil aus Einnahmen, die den Kammern aus Mieten, Börsengebühren, Einfuhrgebühren und sonstigen vom Staat genehmigten Einnahmequellen züfließen. Es handelt sich bei dem Gesamtaufwand der Handelskammern keineswegs um geringfügige Beträge, vielmehr betrug 1927/28 der Gesamtaufwand der deutschen Handelskammern mehr als 23 Millionen Mark (23 259 891 Mark), von denen gut 17 Millionen im Umlageverfahren gedeckt wurden. Gerade die Höhe dieser Zahlen zeigt aber auch eindringlich die Notwendigkeit, diese amtlichen Vertretungen aus einseitig zusammengesehten Interessenorganen der Unternehmerschaft, die sie heute noch sind, zu tatsächlichen Interessensvertretungen der Gesamtwirtschaft zu machen, indem auch die Arbeiter- und Angestelltenchaft in ihnen ihre Vertretung finden. Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Berichte und Gutachten, die die Kammern in regelmäßigen Abständen über die Wirtschaftslage ihres Gebietes abzugeben haben, einseitig mit den Augen der Unternehmer gesehen werden, um dann als amtliche Ausfertigungen der Öffentlichkeit aufgedrängt zu werden. Die Parität durch gleichmäßige Hinzuziehung von Arbeitnehmervertretern in den Kammern herzustellen, ist nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern zugleich eine Forderung, die gerade in einer Zeit der schärfsten Interessenkämpfe zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft aus gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gestellt werden muß.

### Internationale Arbeiterbewegung.

#### Die soziale Lage im freien Amerika.

Durch einen empörenden Fall wird die Aufmerksamkeit der Welt erneut auf die sozialen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten gelenkt. Sechzehn Führer der streikenden Baumwollspinnereiarbeiter von Gastonia (North Carolina) stehen unter Verdacht. Am 7. Juli wurde nämlich der Polizeipräsident der Stadt erschossen. Gewisse Zeichen deuten darauf hin, daß der Täter einer der streikenden Arbeiter war. Statt aber den Täter ausfindig zu machen, verhaftete die Polizei sämtliche Streikführer, die nun wegen der Tat eines ermittelten Arbeiters oder (wer weiß?) eines „Agent provocateur“ auf den elektrischen Stuhl kommen sollen. Wahrhaftig, eine einfache Methode, unbedeutende Arbeiterführer loszuwerden! Dreißig Schichten der fortschrittlichen öffentlichen Meinung Amerikas protestieren gegen den unerhörten Akt politischer Verfolgung. Dieser Einzelfall beleuchtet wieder die Arbeitsverhältnisse in den Südstaaten der Union. Die Industrie der Südstaaten ist jüngerem Datums. Eine besonders große Bedeutung kommt der Baumwollindustrie zu, die nach dem baumwollproduzierenden Süden ver-

pflanzt wurde, nachdem die Erfindung der künstlichen Verfeinerung die Verarbeitung der Baumwolle in den trockenen Südstaaten ermöglichte. Außerdem besitzt der Süden bedeutende Braunkohlenbergwerke (in Kentucky und West-Virginia), Petroleum usw. Die neuentstandene Industrie arbeitet mit Lohndruck und Ausbeutung. Von dem vielbetonen hohen Lohnniveau der Vereinigten Staaten ist in den Baumwollpflanzereien zumindest der Südstaaten nichts zu merken. Im Süden verdient ein Spinnereiarbeiter durchschnittlich 14 Dollar in der Woche, gegenüber 20 Dollar im Norden. Die Kapitalisten führen mit allen Mitteln der Demagogie und der Gewalt einen erbitterten Kampf gegen die Gewerkschaften, die die Arbeiterschaft des Südens organisieren wollen. Gastonia ist nur eine Station dieses Kampfes. Die Unternehmer verstanden es bisher, die Organisation der Arbeiter zu vereiteln. Eine Folge davon ist das niedrige Lohnniveau des Südens, eine andere der außerordentlichen sozialpolitischen Rückstand. In vielen Südstaaten ist nicht einmal die Nacharbeit von Frauen und Kindern eingeschränkt; vielfach wird die Organisation von Arbeitern als staatsfeindliche Verschwörung angesehen und verfolgt. Eine Besserung der Lage ist nur zu erwarten, wenn es den Gewerkschaften gelingt, die Arbeiter des Südens aller Verfolgung zum Trotz zu organisieren und der Ausbeutung Schranken zu setzen. Die amerikanischen Arbeiter müssen eben um die Anerkennung von Rechten kämpfen, die in fast allen übrigen Industrieländern Gemeingut sind.

**Die Wiederaufnahme der englischen Gewerkschaft für Seelenleute in den Gewerkschaftskongress.**

Im vergangenen Jahre wurde die Gewerkschaft der englischen Seelenleute vom Gewerkschaftskongress (Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften) ausgeschlossen, weil sie die von den Unternehmern geförderte gelbe Gewerkschaft der Bergarbeiter unterstützte hatte. Die Gewerkschaft der Transport- und Fabrikarbeiter beschloß daraufhin, für die freigewerkschaftlichen Seelenleute eine Sektion zu gründen, um der ausgeschlossenen Gewerkschaft eine Gegenorganisation gegenüberzustellen. Nach dem Tode des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Seelenleute, Havelock Wilson, der die Geschicke dieser Gewerkschaft mit diktatorischer Macht gelenkt hat, änderte sich das Verhalten der Gewerkschaft der Seelenleute. Ihre Leitung hat sich verpflichtet, die Unterstützung der gelben Bergarbeiterorganisation einzustellen und sich anderen, der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehenden Organisationen fernzuhalten. Die Gewerkschaft der Transport- und Fabrikarbeiter wird deshalb auf die Organisation der Seelenleute verzichtet.

**Genosse Staal im Internationalen Arbeitsamt.**

Genosse Staal, Vizechef des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB), hat Anfang September beim Internationalen Arbeitsamt in Genf den Posten eines Leiters der Abteilung für die Verbindung mit den Arbeiterorganisationen angetreten. Staats Überredung nach Genf bedeutet für den IGB den Abbruch eines Genossen, der seit der Wiederaufrichtung des IGB im Jahre 1919 im Sekretariat der Gewerkschaftsinternationale eine verantwortliche Stellung bekleidete und dabei Gelegenheit hatte, sich in allen Zweigen nationaler und internationaler Gewerkschaftsarbeit weitgehende Kenntnisse zu verschaffen. Sein Kontakt mit den Führern der internationalen Gewerkschaftsbewegung und der internationalen Berufssekretariate wird ohne Zweifel viel zur Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und dem Internationalen Arbeitsamt beitragen.

**Genossenschaftsbewegung.**

**Die soziale Leistung der Konsumgenossenschaft.**

Die „Mitteldeutsche Milchhändler-Zeitung“ berichtet über einen Vorgang im Dresdner Milchhandel. Das Blatt kommt nicht in den Verdacht, dem Konsumverein „Vorwärts“ für Dresden und Umgebung einen Ruhmeskranz stecken zu wollen. Was es berichtet, zeigt aber in aller Deutlichkeit die preisregulierende Tätigkeit dieses Konsumvereins. Das genannte Blatt schreibt:

Die landwirtschaftliche Molkerei in Pirna zieht fünfmal mehr Milch zusammen, als Pirna braucht. Sie wird nur einen ganz bescheidenen Teil in Pirna als Frischmilch los und ist zur Verarbeitung von fast der gesamten Milchmenge gezwungen. Statt nun ihre Verarbeitung auszubauen, um hochwertige Produkte zu erzielen, bietet sie die Milch dem Dresdner Milchhandel als Frischmilch an, der selbst überreichlich damit versehen ist und ablehnen muß. Da kauft man zum Konsumverein „Vorwärts“ und findet in diesem einen willigen Abnehmer, weil man die Milch, molkereimäßig behandelt, billiger abgibt, als dies Privatmolkereien möglich ist. Der Konsumverein verkauft die Milch mit 44 Pf. je Liter billiger, als die in Dresden befindliche landwirtschaftliche Molkerei Drema AG. es kann, treibt diese im Umfang entsprechend herunter, nimmt dem gesamten Dresdner Milchhandel täglich 2000 Liter Absatz und macht den gesamten Dresdner Milchhandel verdrängt. Der große Erfolg des Konsumvereins zeigt sich, als man vorige Woche den Milchpreis in Dresden erhöhen wollte. Handel und Molkereien gingen mit der Landwirtschaft in die Höhe, aber der Konsumverein machte nicht mit. Er infizierte seinen alten billigen Preis weiter und zwang den Handel und die Molkereien ebenfalls, die Preiserschümpfungen wieder zurückzunehmen. Er hatte der landwirtschaftlichen Molkerei in Pirna die Pistole auf die Brust gesetzt und dieser erklärt, entweder weiter billig zu liefern oder die Lieferung sofort einzustellen.

Ein glänzenderes Zeugnis der preisregulierenden Tätigkeit des Konsumvereins kann nicht gut angeführt werden. Der Konsumverein „Vorwärts“ vollbringt hier nach dem Zeugnis seiner wirtschaftlichen Gegner eine soziale Leistung, die ihm die Zuneigung aller Milchverbraucher, besonders der Frauen, in hoher Maße sichern muß.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

Hamburg. Der Bericht in der Nummer 31 über den Streik der Fabrikarbeiter scheint der christlichen Gewerkschaftsleitung nicht auf die Nerven gefallen zu sein. Sie läßt deshalb in ihrer Nr. 31 eine Schimpfkanonade los, die nur den Fehler hat, keine Veranschaulichung unseres Artikels zu bringen. Fielmehr wird dort behauptet, daß bei dem Streik eine ganze Anzahl von Mitgliedern des christlichen Verbandes weitergearbeitet haben. Nur möchte man sich die Sache so darzustellen, als wäre der christliche Verband ganz bereit gewesen, diese Kollegen aus dem Betriebe zu holen. Ja, warum hat er es denn nicht gemacht? Aber davon war in der Nummer 31 auch nichts geschrieben. Dort heißt es: „Es leuchtet nicht ein, warum fällt die ganze Verantwortung auf die Parteiführer.“ Und dann heißt es: „Der Verband der Fabrikarbeiter. Es muß verlangt werden, daß der F.A.B. seine sechs Maschinenführer sowie die zwei Instandhalter zu Streikbrechern gewordenen Mitglieder sofort aus dem Betriebe herausholt.“ Da ist von den

anderen nichts zu lesen. Wo die zwei Streikbrecher des Fabrikarbeiter-Verbandes sind, dürfte das Geheimnis der „Gewerkschaftsstimme“ sein, uns ist nur von einem bekannt. Der ist schon längst aus dem Verbande ausgeschlossen worden; also hat der Fabrikarbeiter-Verband konsequent gehandelt. Auch sind nicht sechs, sondern fünf Maschinenführer organisiert. Was hat aber der christliche Verband mit seinen beiden Mitgliedern gemacht, die sich bei Beginn des Streiks in den Verband aufnehmen ließen und zu Streikbrechern geworden sind? Unserer Organisation wird der Vorwurf gemacht, daß nur Mitglieder von uns zu Streikbrechern geworden wären. Das stimmt aber nicht. Oder ist es notwendig, Namen zu nennen? Auch damit können wir dienen. Diesmal setzt der Artikelschreiber der „Gewerkschaftsstimme“ wenigstens seinen Namen unter seinen Artikel, was das erstmal vermehrt wurde. Wir wissen also nunmehr, mit wem wir es zu tun haben. Aber auf die persönlichen Anzuspinnungen einzugehen, wie „heroische Führung, König oder Präsident“, hat ja keinen Zweck. Wollte er erwähnen ein Schreiben von mir vom 6. Juni. Herr Waller, stimmt es denn vielleicht nicht, was ich damals geschrieben habe, daß der Kampf Formen annimmt, die mit der gewerkschaftlichen Taktik nichts mehr gemein haben? Das hatte seine volle Berechtigung, aber nur dann, wenn man das damalige Geschehen nur als solches betrachtet. Was Waller aber mit solchen Andeutungen eigentlich bezwecken will, ist ihm wohl selbst nicht ganz klar. Jedenfalls steht fest, daß die örtliche Leitung des Fabrikarbeiter-Verbandes, wozu ja auch noch andere als der Unterzeichnete gehören, nie den Kopf verloren hat, sondern jeder Situation gewachsen war. Wer hat denn gefordert, daß die vor dem Streik nicht organisierten Unterführer bekamen? Wer hat sich dabei auch noch für die Mitglieder des christlichen Verbandes besonders einsetzen müssen? Aber solche Dinge braucht Waller ja nicht zu wissen. Wenn er deutlicher werden will, so steht ihm das frei. Erbrecken wird er dabei bestimmt nicht ernten. Wenn von uns auf den Abschluß des Kampfes hingearbeitet wurde, so deshalb, weil wir etwas mehr Weisheit haben als der christliche Verband und auch die Stimmung der Arbeiterschaft, die durch die Führung des christlichen Verbandes verdorben war, besser kannten als die Christen. Den Kopf in den Sand stecken und die Gefahr nicht erkennen wollen, zeugt gerade nicht von Verantwortlichkeitsgefühl. Genau so, wie wir zuviel Radikalismus bekämpft haben, wurde von uns aber auch die Flaumacherei bekämpft, und die war, das steht fest, nur vom christlichen Verband heringetragen worden. Da hilft alles Drehen und Dandeln nicht. Damit ist für mich der Fall erledigt. Schmitt.

Berlin. Max Weiße 60 Jahre alt! Am 19. September dieses Jahres vollendet der Kollege Max Weiße sein 60. Lebensjahr. Max Weiße gehört zu denen, die mit an der Wiege der Zahlstelle Berlin unseres Verbandes gestanden haben. Seit dieser Zeit, also über 30 Jahre, hat er dem Verband in unermüdlicher Pflichterfüllung die Treue gehalten und diesem durch seine agitatorische Tätigkeit, namentlich in der Kleinarbeit, große Dienste geleistet. Im Februar des Jahres 1908 wurde er von der Generalversammlung als Lokalbeamter gewählt. Diesen Posten bekleidete er noch heute. Wir gratulieren dem Geburtstagskinde und wünschen ihm ein langes Leben bei besserer Gesundheit. H. R.

Rüss. Hermann Brankhy f. Nach längerer schwerer Krankheit ist das Vorstandsmitglied unserer Zahlstelle Hermann Brankhy im Alter von 53 Jahren gestorben. Ein eifriger und pflichttreuer Gewerkschaftler hat für immer die Augen geschlossen. Durch seinen Fleiß und seine unermüdliche Energie, getragen von heiserer Liebe zur Organisation, hat er durch die Agitation dem Verbande viele neue Mitglieder zugeführt. An dem Aufstieg der Zahlstelle hat unser Hermann Brankhy sich große Verdienste erworben. Offen und vornehm, ehrlich und edel waren die Grundzüge seines Wesens. Weit über die Kreise seiner Arbeitskollegen hinaus erfreute er sich der größten Beliebtheit. Jahrlang bekleidete er in der J.-G. Farbenindustrie in Leverkusen das Amt des Arbeiterratsvorsitzenden. Auf diesem Posten hat er in seiner vornehmen sachlichen Art die Interessen seiner Arbeitskollegen der Firma gegenüber vertreten. Er fand immer und in jeder Situation den besten Weg dazu. Unter der Arbeiterschaft der chemischen Industrie im Kölner Wirtschaftsgebiet stand er in hohem Ansehen. Er war ihr Freund und Berater. Stets hilfsbereit für alle, erwarb er sich Achtung und Anerkennung, auch bei den Mitgliedern der gegnerischen Organisationen. Die Mitglieder der Kölner Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes trauern an der Bahre dieses trefflichen Menschen. Der Verstorbene wird allen, die ihn gekannt haben, als ehrlicher, offener Charakter, als guter Mensch und Familienvater unvergessen bleiben. P. Herwig.

Lübeck. Aus der Schläuper Fischindustrie. Wie in allen Industriezweigen, so war auch für die Fischindustrie in Schlutup ein Tarifvertrag vorhanden. Dieser regelte die Arbeitszeit, den Urlaub, die Überstunden usw. Nur einen Haken hatte der Tarif: Er enthielt keinen Urlaub für die Frauen, und doch sind in dieser Industrie die Frauen in der Mehrzahl. In der Saison werden allein in Schlutup über 1200 Frauen beschäftigt. Ständig sind in den Betrieben ungefähr 45 Frauen beschäftigt. Für diese war ein Urlaub nicht vorgesehen. Unsere Verbandsleitung in Lübeck war sich der Schwierigkeiten bewußt, jetzt den Urlaub auch für die Frauen zu bekommen; denn auch der Urlaub für die Männer betrug nach einem Jahre nur 2 Tage. Überstunden wurden mit 15 Prozent vergütet und auch verschiedene andere Dinge galt es, zu verbessern. In allen Verhandlungen lehnten die Unternehmer den Urlaub für die Frauen ab, alle anderen Verbesserungen an Tarife bewilligten sie. So konnte die Lohnzahlung während der Arbeitszeit erreicht werden und für Überstunden ein Zuschlag von 25 Prozent. Einen Schiedsspruch, der auch den Frauen nach einem Jahre 3 Tage Urlaub brachte, lehnten die Unternehmer ebenfalls ab. Jetzt wurden die Frauen in den Fabriken aufmerksam und erwarben die Mitgliedschaft des Fabrikarbeiterverbandes. Nach weiteren Verhandlungen kam dann der Tarif mit Urlaub auch für die Frauen zum Abschluß. Endlich im Jahre 1920 kommen die Frauen in den Genuss von Urlaub. Die Saisonarbeiterinnen erhalten nach 100 Tagen einen Tag, nach 220 Tagen zwei Tage und nach 260 Arbeitstagen drei Tage Urlaub. Eine begeisterte Stimmung herrschte in der Versammlung, als das Resultat bekanntgemacht wurde, und doch ist es nur möglich gewesen, weil sich in den letzten Wochen fast alle Frauen organisiert. Jetzt heißt es, weiterzuarbeiten und zu organisieren, damit der Tarifvertrag nicht verschlechtert werden kann, sondern daß bei günstiger Zeit eine weitere Verbesserung eintritt.

**Gewerkschaftliche Nachrichten.**

Über den Stand der Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1928 veröffentlicht das Statistische Reichsamt einige interessante Angaben. Danach standen zu Beginn des Jahres 1928 insgesamt 8178 Tarifverträge in Geltung, die zusammen 912 006 Betriebe und 12 267 430 Arbeitnehmer umfassen. Gegenüber der Vorjahre bedeutet das eine Zunahme der Tarifverträge um 638 oder 9,2 Prozent. Die Zahl der beteiligten Betriebe stieg um 104 706 oder 13 Prozent und die Zahl der beteiligten Arbeitnehmer um 1 297 320 oder 11,8 Prozent. Die Zahlen haben sich damit dem hohen Stand der Jahre 1921/24 wieder genähert. Die Tarifdelegation erreichte im Jahre 1928 nahezu die doppelte Intensität wie im Vorjahre. Von Einfluß war die Entschärfung der Konjunktur des Jahres 1927. Bedenklich für die Reichsleitung im Baugewerbe am 30. März 1927, wodurch die Zahl der tarifbeteiligten Arbeitnehmer im Baugewerbe von 348 805 im Jahre 1927 auf 932 724 hinausschnellte. Ein drittes einflussreiches

Moment war das Inkrafttreten des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927, das den Tarifverträgen für die Gestaltung der Arbeitszeit erhöhte Bedeutung gab.

Trennt man Angestellte und Arbeiter, dann steht einer starken Zunahme der tarifbeteiligten Arbeiter um rund 1,3 Millionen oder 14,1 Prozent auf der Seite der Angestellten eine — allerdings nur geringe — Abnahme von 12.144 oder 0,7 Prozent gegenüber. Die Zahlen für das weibliche Geschlecht zeigen eine etwas ungünstigere Entwicklung als für das männliche — bei den weiblichen Angestellten in Gestalt eines stärkeren Rückganges (— 1 Prozent gegen + 0,8 Prozent bei den männlichen Angestellten) und bei den Arbeiterinnen durch geringere Zunahme (+ 12,8 Prozent gegen + 14,4 Prozent bei den Arbeitern).

In den einzelnen Gewerbebezügen ist im Vergleich zu 1927 durchweg eine Zunahme sowohl der Tarifverträge wie der an ihnen beteiligten Betriebe und Arbeitnehmer festzustellen. Am stärksten war die Zunahme im Baugewerbe; eine Abnahme zeigen die Gewerbebezüge des Bergbaus, der Eisen- und Metallgewinnung, wobei jedoch das Übergreifen vieler Betriebe auf mehrere Gewerbebezüge das Bild etwas ungenauer macht. Das gleiche gilt hinsichtlich der örtlichen Verbreitung der Tarife, die vielfach über die Grenzen der Länder und Provinzen hinausgreifen.

Die 13 größten Tarifverträge mit je mehr als 100 000 Arbeitnehmern umfassen rund 1/4 und die 100 Tarifverträge der nächsten Größenklasse (10 000 bis 100 000 Arbeitnehmer) 41,9 Prozent aller tarifbeteiligten Arbeitnehmer.

Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen eines Berufskreises in einem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung erlangen, wurden in den letzten Jahren im steigenden Maße allgemeinverbindlich erklärt.

**Geistige Kost für Werkvereiner.**

Die „Deutsche Werkgemeinschaft“ Nr. 33 vom 18. August schreibt, daß hohe Löhne nur aus einer hohen Kapitalkraft entspringen können. Demgemäß haben alle kapitalarmen Länder auch entsprechend niedere Löhne. Auch vom Arbeitsstandpunkt oder vielmehr gerade von ihm aus gesehen, muß dahin gewirkt werden, der Wirtschaft möglichst viel Eigenkapital zuzuführen, anstatt es wegzusteuern oder durch übertriebene Lohnforderungen zu verbrauchen.

Wenn die Arbeiterschaft auf Löhne überhaupt verzichtet, dann wird das Eigenkapital der Produktionsmittelbesitzer immer größer, dann geht es also der Arbeiterschaft am besten.

**Verbandsnachrichten.**

**Ausgeschloffen**

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5, die bisherigen Kollegen der Zahlstelle Berlin: Heinrich Krahn, Mitgl.-Nr. S II 772 952; Karl Franz, Mitgl.-Nr. G I 170 962; Willi Comos, Mitgl.-Nr. 919 971; Karl A. K. Müller, Mitgl.-Nr. 961 332; Hermann Behr, Mitgl.-Nr. 984 131; Rudolf Kolt, Mitgl.-Nr. 961 461; Gustav Wagner, Mitgl.-Nr. 961 463; Adolf Unger, Mitgl.-Nr. 856 720; und auf Grund des § 14 3d das Mitglied der Zahlstelle Rathenow: August Frisch mitgl.-Nr. S II 502 141.

**Zahlstelle Heiligenstadt.**

Alle Zuschriften sind bis auf weiteres zu richten an den Kollegen Adolf Heine, Heiligenstadt, Mühlhäuser Straße 15. Die Unterstützungsempfänger müssen sich gleichfalls dort melden. [2,50 M]

**Literarisches.**

„Die Arbeit.“ — Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin. Abonnementpreis vierteljährlich 3,80 Mk., für Organisationsmitglieder 2,85 Mk. Das Augustheft bringt ein Kapitel aus dem Buche von Theodor Leipart über Karl Legien, den großen Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Hermann Müller gibt einen knappen Bericht über die 12. Internationale Arbeitskonferenz und einen Überblick über die Leistungen der bisherigen Konferenzen und des Internationalen Arbeitsamtes während der letzten 10 Jahre. Dr. Bruno Broecker bringt einen Aufsatz „Die Sozialpolitik am Scheidewege“. Der Leiter der Gewerkschaftlichen Abteilung beim Bundesvorstand, Dr. Meyer-Brodnig, begründet den Organisationsplan eines Forschungsinstituts für Gewerkschaften im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Über Bankpolitik und Arbeiterkraft schreibt Fritz Raphael. Über die „Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts“ schreibt Ministerialrat Dr. Martin Löwenthal.

In der Augustnummer der „Sozialistischen Bildung“ behandelt Dr. Julius Moses unter dem Titel „Verknüpferte Wissenschaft“ die Stellung, die die Sozialdemokratie zur Wissenschaft einnimmt. Sie ist eine Freundin der Wissenschaft, weil sie ihre hohen sozialen Aufgaben erkennt. Sie vertritt aber den Standpunkt, daß die Wissenschaft ein soziales Gebilde ist und nur soweit Lebensberechtigung hat, als sie das Wohl der Menschheit fördern will. Weiter haben wir den Aufsatz von R. Abraham: „Die Staatslehre in der Arbeiterbildung“ hervor. Prof. M. H. Waage setzt seine instruktive Artikelreihe über „Richtungen und Strömungen in der modernen Psychologie“ fort. Karl Schröder behandelt in seiner kräftig zupackenden Art das Problem der proletarischen Kunst. — In der Beilage „Sozialistische Erziehung“ schreibt K. Adams über die „Internationale Kinderrepublik Ermeland“. F. Karsten über „Individualisierende und kooperative Pädagogik“. In der „Büchervorteil“ sind die Besprechungen von Sinclair, „Boston“ und Pfäfers „Eros im Zuchthaus“ wichtig. — Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Büchervorteil“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsanspruch für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Herbst und Jahreswende (Feste der Arbeiter, Heft 7), 52 Seiten, 1 Mark. Verlag E. Altensberger, Waldenburg-Altwasser i. Schl., Steigerweg 23. Eine besinnliche Stunde zum Jahreswechsel bietet einen Genuß und wird dort sehr gern verankert werden, wo eine Winterferienfeier nicht möglich ist. Die Auswahl ist reichhaltig in Form von Gedichten, Betrachtungen und Erzählungen und gibt vielseitige Anregungen in volkstümlicher Art und in sozialistischem Geiste.

Helmut Lehmann, „Die Sünde wider das Volk“ heißt die Streitschrift für die deutsche Krankenversicherung. Preis pro Stück 10 Pfennig. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg. Sie nimmt in prägnanter Form Stellung zu den Angriffen gegen die Krankenversicherung. Dabei geht sie von der volkswirtschaftlichen und sozialhygienischen Bedeutung und der geschäftlichen Entwicklung der Krankenversicherung aus. An Hand des amtlichen statistischen Materials widerlegt die Schrift die Einwände gegen die reichsgesetzliche Krankenversicherung und weist nach, daß sie die wirkungsvollste, zweckentsprechendste und in der Verwaltung bei weitem rationellste Ortskrankenkasse ist die billigste in der Krankenversicherung. Auch zur Artfrage wird eingehend Stellung genommen. Den Schluß bildet eine kurze, aber treffende Abfertigung jener Illusionisten, die aus den Arbeitern Kapitalisten machen wollen.

## Chemische Industrie

### Um die Quote der Anhaltischen Salzwerke.

#### Angebote

#### der Preußag und der Kali-Chemie AG.

Seit längerer Zeit beabsichtigt die anhaltische Regierung die Quote der Anhaltischen Salzwerke zu verpachten. Bereits im Dezember des vorigen Jahres wurde dem Anhaltischen Landtage eine Regierungsvorlage unterbreitet, nach welcher die Quote bis zum Jahre 1933 an die Preußag verpachtet werden sollte. Daneben haben auch Verhandlungen mit dem Wintershall-Konzern stattgefunden. Die Mehrheit des Anhaltischen Landtages setzte sich auch damals für das Angebot des Wintershall-Konzerns ein, weil dieses bessere Bedingungen enthielt als das der Preußag. Da jedoch eine Verständigung darüber nicht erzielt werden konnte, zog im Januar dieses Jahres der Wintershall-Konzern sein Angebot und kurz darauf auch die anhaltische Regierung ihre Vorlage zurück. Die Anhaltischen Salzwerke wurden in eigener Regie weiterbetrieben.

Der anhaltische Fiskus verfügt über sechs Schachtanlagen mit einer Beteiligungszahl von 24.8362 Tausendstel; außerdem hat er die Absatzbeteiligungen von den Firmen Schachnow u. Wolf, Staßfurter Vereinigte chemische Fabriken, Chemische Fabrik Concordia sowie die anteiligen Quoten von Einigkeit und Mansfeld mit insgesamt 9.4545 Tausendsteln. Die Gesamtbeteiligung der Anhaltischen Salzwerke beträgt demnach 34.2907 Tausendstel. Von den Schachtanlagen kommen nur noch „Schacht V“ und „Klein-Schierstedt II“ (letzteres als Rohsalzwerk) für die Förderung in Betracht. In „Schacht V“ wird Karnallit gewonnen, welches in der chemischen Fabrik Friedrichshall in Leopoldshall verarbeitet wird.

Der anhaltische Fiskus betreibt den Kalibergbau seit frühester Zeit. Die ersten Kaliwerke wurden bereits im Jahre 1858 geteuft und konnten im Jahre 1862 die Kaliförderung aufnehmen. Anscheinend waltet über dem ganzen anhaltischen Salzbergbau ein unglücklicher Stern; denn bereits in den Jahren 1878/79 machten sich in den ersten beiden Schächten Drückerscheinungen, größere Pfeilereinstürze und Wassereinträge bemerkbar. Darauf wurde im Jahre 1881 der Bau eines dritten Schachtes begonnen, der aber wegen zu starken Wasserzuflusses aufgegeben werden mußte. Der vierte im Jahre 1882 begonnene Schacht erschloß ebenfalls. Als der fünfte Schacht auch aufgegeben werden mußte, wurde der im Jahre 1882 aufgegebenen Schacht im Jahre 1884 nach einem besonderen Verfahren wieder in Angriff genommen und nach Überwindung außerordentlicher Schwierigkeiten im Jahre 1891 fertiggestellt. Dieser Schacht wurde querschlägig mit dem alten Schacht verbunden und diente hauptsächlich als Wetterschacht. Als jedoch im Jahre 1900 das alte Werk infolge Erfahrung vollständig zum Erliegen kam, wurde der betreffende Wetterschacht als Förderschacht ausgebaut.

Die beiden dann folgenden Schächte „Friedrichshall“, „Schacht IV“ in Güsten sowie die beiden Schachtanlagen in Kl.-Schierstedt waren zwar weniger vom Mißgeschick verfolgt, aber mit der im Jahre 1924 einsetzenden Rationalisierung in der Kaliindustrie kamen die Anhaltischen Salzwerke, welche hauptsächlich Karnallit verarbeiteten, immer mehr in wirtschaftliche Bedrängnis. Darüber konnte auch der im Jahre 1925 auf 15 Jahre abgeschlossene Interessengemeinschaftsvertrag mit den Staßfurter Vereinigten chemischen Fabriken und der Chemischen Fabrik Concordia nicht hinweghelfen. Mit den Hartsalzwerken der übrigen Konzerne konnten die Anhaltischen Salzwerke nicht mehr konkurrieren, im Gegenteil erforderten sie ganz erhebliche Zuschüsse vom anhaltischen Staat.

Wenn die anhaltische Regierung im Januar dieses Jahres die Regierungsvorlage vom Anhaltischen Landtag wieder zurückgezogen hatte, war damit die Angelegenheit noch nicht erledigt, sondern nur verlagert. Seit ungefähr zwei Monaten wird nun wieder um die Quote der Anhaltischen Salzwerke verhandelt. Außer der Preußag ist jetzt die Kali-Chemie AG. mit einem Vorschlag an die Anhaltischen Salzwerke herantreten. Daraufhin hat die anhaltische Regierung dem Landtag eine neue Vorlage unterbreitet. In dieser Vorlage soll sich das Angebot der Preußag gegenüber den früheren Vorschlägen ganz wesentlich gebessert haben. Außer der damals gebotenen jährlichen Rente von 710 000 Mk. will die Preußag jetzt den Kalibergbau in Kl.-Schierstedt und den Steinsalzbetrieb auf Friedrichshall aufrechterhalten. Was mit der Kaliproduktion in Leopoldshall werden soll, davon ist noch nichts Endgültiges gesagt. Es wird aber von der Preußag die Beschäftigungsmöglichkeit der gesamten Belegschaft der Anhaltischen Salzwerke garantiert. Da anscheinend der Kalibetrieb stillgelegt werden soll, kann es sich hierbei unserer Auffassung nach nur um Übernahme eines Teiles der Belegschaft auf andere Werke der Preußag handeln.

Demgegenüber bietet die Kali-Chemie AG. bedeutend günstigere Bedingungen. Nach der „W.Z.“ sind die Vorschläge der Kali-Chemie AG. an die Anhaltischen Salzwerke folgende:

„Die Kali-Chemie AG. übernimmt mit Wirkung ab 1. Oktober 1929 pachtweise die Anteile der Anhaltischen Salzwerke. Der Pachtpreis beträgt 13 Prozent des jeweiligen Durchschnittserlöses für diejenigen Kalimengen, die auf die Beteiligungsziffern der Anhaltischen Salzwerke einschl. der von den Anhaltischen Salzwerken, G. m. b. H., erworbenen Quoten (Mansfeld und Einigkeit) entfallen. Die Pachtzeit endigt am 31. Dezember 1933. Die Kali-Chemie AG. verpflichtet sich, den Schacht Kl.-Schierstedt als Rohsalzwerk und die Schächte IV und V

der Anlage Friedrichshall als Kaliwerke für die Fabrik und als Steinsalzwerk weiter zu betreiben. Dagegen wird der ganze Steinsalzbetrieb der Kali-Chemie AG. nach Leopoldshall verlegt. Die Betriebsführung hat nach allen Regeln moderner Technik und unter Beachtung sachgemäßer Wirtschaftlichkeit zu erfolgen. Die Kali-Chemie AG. verpflichtet sich, unmittelbar nach Abschluß des Pachtvertrages eine moderne Pottaschefabrik, deren Baukosten auf 5 bis 8 Millionen RM. geschätzt sind, in direktem Anschluß an die Leopoldshaller Bergwerksbetriebe zu errichten. Die Angliederung weiterer chemischer Betriebe ist in Aussicht genommen. Es handelt sich überwiegend um besondere der Kali-Chemie AG. eigene Verfahren. Falls die Fortsetzung der Betriebe unmöglich wird (Substanzabbau, Unwirtschaftlichkeit usw.), so entscheidet eine neutrale Stelle. Kommt es zur Stilllegung und entsprechend zu einer völligen Quotenübertragung, so erhöht sich der Vergütungssatz von 13 um 3 auf 16 Prozent. Die Kali-Chemie AG. verpflichtet sich, die heute bei den Anhaltischen Salzwerken beschäftigten Arbeiter weiter zu beschäftigen. Die Bestände an Kalisalzen und Betriebsmaterial werden von der Kali-Chemie AG. auf Grund noch zu vereinbarenden Vergütungssätze in bar übernommen. Der Saldo zwischen Debitoren und Kreditoren ist von der Kali-Chemie AG. in bar auszugleichen. Wegen der Übernahme der Concordia und Staßfurter chemischen Fabrik sind besondere Verkaufsvereinbarungen zu treffen. Die Kali-Chemie AG. ist verpflichtet, die Hamburger Grundstücke in bar abzugeben. Die Kali-Chemie AG. wird bei den Anhaltischen Salzwerken, G. m. b. H., einen Aufsichtsrat bilden. Sie erklärt sich bereit, zwei vom anhaltischen Staat zu bestimmende Vertrauenspersonen in den Aufsichtsrat aufzunehmen.“

Demnach will die Kali-Chemie AG. außer den Schulden der Anhaltischen Salzwerke, welche nach Presseberichten 11 bis 14 Millionen Mk. betragen sollen, einen Pachtpreis von 13 Prozent des jeweiligen Durchschnittserlöses je Doppelzentner Reinkali für diejenigen Kalimengen bezahlen, welche

## Gemeinwirtschaft und Arbeitspflicht.

Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen ohne Unterschied des Geschlechts Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft. Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist.

Bebel („Die Frau und der Sozialismus“).

auf die Quote der Anhaltischen Salzwerke einschließlich der anteiligen Quoten von Mansfeld und Einigkeit entfallen. Nimmt man den Durchschnittserlöspreis je Doppelzentner Reinkali mit rund 15 Mk. an, so würde das auf den Doppelzentner Reinkali rund 2 Mk. ausmachen. Bei einer Gesamtquote von 34.2907 Tausendsteln und dem Gesamtabsatz des Kalisindikats im Jahre 1928 von 14 213 873 Doppelzentner Reinkali entfällt auf die Quote der Anhaltischen Salzwerke ein Lieferungsanteil von 487 403 Doppelzentner Reinkali und demnach ein jährlicher Betrag als Pachtsumme von 974 806 Mk. Je nachdem der Absatz höher oder niedriger als im Jahre 1928 ist, wird die Pachtsumme entsprechend differieren.

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir noch, daß die Kali-Chemie AG. vor der Entscheidung im Plenum des Anhaltischen Landtages noch ein neues Angebot gemacht hat. Demnach soll die jährliche Pachtsumme nicht, wie bisher, 13, sondern 15 Prozent des Durchschnittserlöses je Doppelzentner Reinkali betragen. Unter Zugrundelegung der vorstehend genannten Zahlen würde sich damit die jährliche Pachtsumme auf 1 096 636 Mk. erhöhen. Außerdem werden für die laufenden Bergschäden 50 000 statt bisher 30 000 Mk. geboten. Die Arbeiter und Angestellten erhalten eine höhere Garantie der Weiterbeschäftigung, und schließlich erklärt die Kali-Chemie AG., daß, falls die Aktien, die sie zur Garantie von 2 Millionen Mark gibt, nicht ausreichend erscheinen, sie bereit sei, eine Bürgschaft der Deutschen Bank in Höhe von 2 Millionen Mark oder eine solche irgendeiner Immobilienversicherung in gleicher Höhe zu geben.

Zweifellos ist das Angebot der Kali-Chemie AG. weitergehend als das der Preußag. Der Anhaltische Landtag dürfte durch die Differenz in beiden Angeboten vor eine schwerwiegende Entscheidung gestellt werden. Unseres Erachtens können grundsätzliche Bedenken hierbei gar nicht vorliegen, weil in solchen Fällen das Staatsinteresse den Privatinteressen vorangestellt werden muß. Für die Arbeitererschaft können Schädigungen nicht eintreten, weil von beiden Bewerbern die Garantie der Weiterbeschäftigung gegeben wird.

### Neue Absage der Harburg-Phönix an den Gummitraß.

Vor kurzem tagte die 57. Generalversammlung der Harburger Gummiwarenfabrik Phönix, A.-G., Harburg-Wilhelmsburg. In Wirtschaftskreisen sah man dieser Generalversammlung mit allgemeiner Spannung entgegen, da im vorigen Jahre gegen die Nichtauszahlung einer Dividende von einigen Aktionären Protest erhoben worden war, der bekanntlich bis an das Reichsgericht ging, dort jedoch abgewiesen wurde.

Es wurde beschlossen, auch in diesem Jahre eine Dividendenauszahlung nicht vorzunehmen.

Kritisiert wurden die erheblich gestiegenen Unkosten, wovon die Direktion erklärte, daß entsprechend dem höheren Umsatz auch die allgemeinen Unkosten gewachsen seien. Namentlich die Werbefähigkeit habe in Anbetracht der schweren Konkurrenz (Gummitraß) zu größeren Ausgaben ge-

führt. Daneben ist bekannt, daß, um den Konkurrenzkampf bestehen zu können, die Firma großes Gewicht auf den technischen Ausbau ihres Betriebes gelegt hat. Das Werk beschäftigt zur Zeit 4000 Leute.

Auf die Anfrage bezüglich der Verschmelzungsbewegung in der deutschen Gummiindustrie unter Führung der Continental-Gummiwerke in Hannover teilte Direktor Teichinger mit, daß die alten Phönixwerke auf eine Klärung gedrungen hätten, die jedoch nicht zu erreichen war. Die Verwaltung der Phönixwerke denke nicht an eine Wiederaufnahme der Zusammenfassung der Handlungen. Die Verwaltung hat beschlossen, auch für die Zukunft die Selbständigkeit des Unternehmens zu wahren.

Aber die laufende Fabrikation wurde berichtet, daß die Herstellung der bisher erzeugten Reifenarten auch für die Zukunft erhalten bleiben soll. Aus der Produktion zurückgezogen wurden nur Autoreifen Stock, die sich als unwirtschaftlich erwiesen hätten.

Die Phönix will also auch weiterhin gegen den deutschen Gummitraß ihre Selbständigkeit durchsetzen. Daß es ihr damit ernst ist, beweist, daß sie die Interessen der Aktionäre (fehlende Dividendenauszahlung) rücksichtslos unterbinde, um ihre innere Machtstellung zu festigen. R. Segeret.

### Aber das Explosionsunglück in der Dynamitfabrik Krümmel

ging aus der Zahlstelle Oestbach ein Bericht ein, wonach die erste Explosion am Mittwoch, dem 28. August, 12.45 Uhr, im Waschhaus erfolgte, wobei unser Mitglied Ernst Kruse im Alter von 41 Jahren den Tod fand. Er wurde bei der Explosion in Stücke zerrissen. Kruse war verheiratet und hinterläßt drei unmündige Kinder. Fünf Minuten später erfolgte die zweite Explosion im Nitriergelände. Glücklicherweise konnte sich der dort beschäftigte Arbeiter rechtzeitig retten. Kurze Zeit später fand eine dritte Explosion im Mischhaus statt. Außer dem tödlich verunglückten Kruse wurden sechs Arbeiter leicht verletzt. Die Ursache des Unglücksfalls ist bisher nicht bekanntgeworden; sie wird von der Betriebsleitung auf mangelhaftes Ausweichen der Blleitungen zurückgeführt.

Zu dem Unglücksfall in der Kunstfeidefabrik Premnitz wird berichtet, daß der Werkmeister Beck in einen großen Säurebottich fiel, wobei er tödlich verunglückte. Wahrscheinlich ist er bei der Befichtigung des Bottichs, an dem am gleichen Tage Weisföter Reparaturarbeiten vorgenommen hatten, ohnmächtig geworden und in den Bottich gestürzt. Der anwesende Ingenieur Banzhoff hat wahrscheinlich einen Rettungsversuch unternommen und ist dabei ebenfalls zu Tode gekommen. Von dem verunglückten Meister Beck wird berichtet, daß er in zehnjähriger Tätigkeit bei der Firma sich ganz besonders der Unfallverhütungsvorschriften und des Unfallschutzes angenommen hat. Es ist ein tragisches Geschick, daß gerade er selbst einem tödlichen Unfall erliegen mußte. Es wirft ein eigentümliches Licht auf die Zustände in diesem Betriebe, daß in diesem Jahre bereits fünf tödliche Unglücksfälle zu verzeichnen sind. Prämienarbeit und Antreiberien sollen nach Angabe der Arbeiter die Ursache der vielen Unfälle sein. Es ist sogar wiederholt vorgekommen, daß Arbeitern und Arbeiterinnen die Entlassung angedroht wurde, wenn sie das vorgeschriebene Quantum Arbeit nicht leisteten. G. Haupt.

## Papier-Industrie

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Papierindustrie.

### IV.

#### Die Rentabilität der deutschen Papiererzeugungsindustrie.

Im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ Nr. 23 A/1929 nimmt Heino Castorf unter der Überschrift: „Was ist beim Papiermachen in 1928 (1927/28) verdient worden?“ zu den Ergebnissen von 22 Aktiengesellschaften der deutschen Papiererzeugungsindustrie Stellung. Castorf trennt diesmal seine Rentabilitätsberechnungen in Papierfabrik-Aktiengesellschaften ohne Zellstoffbetriebe und in Betriebe der Zellstoffherzeugung, mit denen Papierfabriken verbunden sind. Das Ergebnis seiner Berechnungen ist folgendes:

#### Dividenden 1928 (1927/28) der reinen Papierfabrik-Aktiengesellschaften.

Zahl der Aktiengesellschaften	Kapital zusammen	Gesamtdividende in RM.	Dividende in %
17	19 062 000	—	0
2	750 000	30 000	4
5	3 982 000	199 100	5
7	8 720 000	523 200	6
1	1 080 000	75 600	7
2	10 600 000	848 000	8
3	8 900 000	801 000	9
5	9 885 000	988 500	10
1	6 180 000	741 600	12
3	4 420 000	618 800	14
46	73 579 000	4 825 800	6,55

Demnach haben von den reinen Papierfabriken 17 Aktiengesellschaften im Jahre 1928 keine Dividende verteilt. Damit ist nicht gesagt, daß diese 17 Aktiengesellschaften insgesamt mit Verlust gearbeitet haben; ein Teil davon kann ebensogut seine erzielten Reingewinne auf neue Rechnung vorgezogen haben. Diese Vermutung ist sogar sehr wahrscheinlich, denn sonst würde Direktor Castorf — wie er dieses auch in

früheren Jahren stets gefan hat — die entstandene Gesamtverlustsumme in seinem Artikel mit aufgeführt haben.

Dividenden 1928 (1927/28) der mit Zellstoffherzeugung verbundenen Papierfabrik-Aktiengesellschaften.

Table with 4 columns: Zahl der Aktiengesellschaften, Aktienkapital in RM., Gesamtdividende in RM., Dividende in %.

Auch hier hat Direktor Castorf es unterlassen, für die vier Aktiengesellschaften, die keine Dividende verteilen, die Höhe der Verluste anzugeben, so daß wir uns auch hier zu der Schlussfolgerung berechtigt halten, daß die erzielten Reingewinne auf neue Rechnung vorgetragen wurden.

Sehr interessant ist auch die nachstehend von Direktor Castorf angefertigte Berechnung, aus der die Durchschnittsdividende auf Grund der Höhe des Aktienkapitals für die einzelnen Gesellschaften hervorgeht:

Table with 5 columns: Zahl der G., Aktienkapital in RM., Aktienkapital zu einem RM., Dividende in RM., Dividende-Durchschnitt.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich zunächst, daß die sieben Großbetriebe zusammen fast ebensoviel Aktienkapital besitzen wie die 55 übrigen Aktiengesellschaften, daß aber andererseits die Dividende fast doppelt so hoch ist bei den sieben Großbetrieben als bei den 55 übrigen Betrieben.

Über auch sonst haben die Aktiengesellschaften der Papiererzeugungindustrie wahrhaftig keine Ursache zu übertriebenen Klagen. Nach den Berechnungen von Castorf betrug im Jahre 1913 die Durchschnittsdividende der 46 Aktiengesellschaften der Papierfabrikation 6 Prozent, 1928 aber für die gleiche Anzahl Gesellschaften 6,55 Prozent.

G. Stähler.

der Interessen der deutschen Fischindustrie bei allen Handelsverträgen wird bringen erforderlich sein. Die den Klippfischwerke zugeführten Seefischmengen sind welle zurückgegangen.

Nach dieser Schilderung hatte die Fischindustrie auch im letzten Jahre mit Schwierigkeiten zu kämpfen; sie war aber gut beschäftigt. Herr M. Stahmer (Generalsekretär des Vereins der deutschen Fischindustrie) schildert die Lage der Fischindustrie einleitend folgendermaßen:

„Die Faktoren, die unser ganzes Wirtschaftsleben ungünstig beeinflussen — Kapitalmangel, Steuerdruck, Überproduktion und daher rücksichtsloser Konkurrenzkampf mit seinen Schlenkerpreisen —, machten sich in der Fischindustrie ganz besonders geltend, weil sie eine Rohware verarbeitet, die sehr unregelmäßig angebracht wird, und Fabrikate herstellt, die zur Hälfte leicht verderblich sind und zur anderen Hälfte nur eine kurzfristige Haltbarkeit besitzen.“

Auch hier wird gesagt, daß die Produktion höher war als im letzten Jahre, ja höher als im Rekordjahre 1926. Die Industrie war im letzten Jahre regelmäßiger und reichlicher

Schaffer und Raffer.

Fünf Sechstel der Nation werden bisher durch die Geringfügigkeit ihres Einkommens nicht bloß von den meisten Wohlstand der Zivilisation ausgeschlossen, sondern unterliegen dann und wann den furchtbaren Ausbrüchen wirklichen Elends und sind immerdar dessen drohender Gefahr ausgesetzt.

mit Rohstoffen beliefert als sonst. Die Preise für die Rohware waren normal. Das sind eine ganze Reihe günstiger Vorbedingungen, unter denen die Industrie gearbeitet hat.

„Es muß immer wieder betont werden, daß es nur einen Weg gibt, die Lage der Fischindustrie dauernd zu bessern, nämlich die Vergrößerung des Absatzes.“

Es ist ohne weiteres richtig, daß der Absatz die Hauptsache für jede Industrie ist. Die Fischindustrie klagt dauernd über mangelhafte Beschäftigung. St. verweist auf diesbezügliche Äußerungen in früheren Berichten.

St. schildert dann die Lage der einzelnen Untergruppen der Fischindustrie. Bei dem Absatz über Räucherfisch wird darüber geklagt, daß langanhaltende Streiks in verschiedenen Industriegebieten die Kaufkraft geschwächt hätten.

St. schildert dann die Lage der einzelnen Untergruppen der Fischindustrie. Bei dem Absatz über Räucherfisch wird darüber geklagt, daß langanhaltende Streiks in verschiedenen Industriegebieten die Kaufkraft geschwächt hätten.

zollmaßnahmen unsererseits mit gleichen Maßnahmen antwortet, und zwar dort, wo uns Schutzzölle unangenehm sind. So sieht Herr St. die Lage der Fischindustrie als ziemlich trübe an.

Eine besondere Betrachtung widmet St. auch der Arbeiterfrage. Er sagt hierzu folgendes:

„Aus etlichen größeren Produktionszentren wird mitgeteilt, daß die Gewerbeaufsichtämter mit großem Nachdruck eine ganze Fülle von Änderungen und Verbesserungen in den fischindustriellen Betrieben fordern.“

St. meint hierzu, es sei anzuerkennen, daß die Behörden in der Nahrungsmittelindustrie für peinlichste Sauberkeit besorgt seien. Aber die Arbeitgeber könnten doch wohl fordern, daß sie vorher gehört werden, bevor diesbezügliche Anordnungen getroffen werden.

St. begrüßt es, daß die Gewerbeaufsichtämter der Fischindustrie in verschiedenen Bezirken nach Richtlinien vom Reichsarbeitsministerium Ausnahmen bei der Überarbeit zugestanden haben.

„Bei unerwarteten, sehr großen Zufuhren kann die Produktion nur in sehr beschränktem Umfange durch Einstellung weiterer Arbeitskräfte gesteigert werden.“

Das heißt also mit anderen Worten, die Arbeiterschaft der Fischindustrie muß sich mit einer unendlich langen Arbeitszeit abfinden, auch wenn Tausende von Arbeitslosen auf der Straße liegen, nur damit die Fischindustriellen ihre Betriebe nicht weiter auszubauen brauchen.

Die einheitliche Regelung der Arbeitszeit könnte die Fischindustrie haben, wenn sie bereit wäre, mit unserer Organisation einen einheitlichen Vertrag abzuschließen.

Über die Klippfisch- und Fischmehlindustrie berichtet dann Herr Dr. Jung (Wefermünde). Er sagt, daß die Klippfischwerke noch in geringerem Umfange mit Rohstoff beliefert worden seien als im Vorjahre.

Über die Fischmehlfabriken berichtet Dr. Jung, daß der Fischmehlabsatz bedeutend zurückgegangen sei. Der Rückgang wird je nach Gegend und Ort auf bis zu 50 Prozent geschätzt.

Nahrungsmittel-Industrie

Die deutsche Fischwirtschaft im Jahre 1928.

II.

Der Jahresbericht für die deutsche Fischerei zerfällt in zwei Teile. Im ersten Teil wird ebenfalls eine Übersicht über die Fischwirtschaft gegeben, und im zweiten Teil kommen die verschiedenen Interessenten der Fischwirtschaft zu Worte.

Die Fischindustrie war im Jahre 1928 gut beschäftigt. Die Gesamtproduktion übertrifft die des Vorjahres bedeutend. Der größte Teil des Fischereiertrages wurde von der Fischindustrie entnommen.

ausländische Fischmehl in Deutschland entfettet worden, heute gehe es so in den Handel. Auch von den Fischtransfabriken wird mitgeteilt, daß sie unter starker Auslandskonkurrenz leiden. Hierzu soll hauptsächlich die Frachtbegünstigung beitragen, die ausländische Schiffe bei Transatlantiken in den deutschen Häfen genießen.

Faßt man den Bericht über die Fischverarbeitende Industrie zusammen, dann kommt man zu dem Schluß, daß nach Meinung aller Mitarbeiter am Jahresbericht die Fischindustrie im letzten Jahr gut beschäftigt war. Eine Ausnahme machen hier die Klippfischwerke und die Fischmehlfabriken. Erstere hatten Mangel an Rohstoffen, letztere Mangel an Absatz. Beklagt wird über Schleuderpreise und große Schmuckkonkurrenz; das sind aber innere Angelegenheiten der Industrie. Man kann trotz allem sagen, daß die Fischindustrie auf ein befriedigendes Jahr zurückblicken kann.

E. Senkfeil.

Die deutsche Blindindustrie im ersten Halbjahr 1929.

Die deutsche Blindindustrie ist bei ihrem Rohstoffbezug fast restlos auf die Einfuhr angewiesen, da die deutsche Blauproduktion sehr gering ist. Die Einfuhr von Bläsaarten und -früchten gibt uns daher gleichzeitig einen guten Anhaltspunkt für den Stand der deutschen Blindindustrie. Vergleichen wir die Einfuhrzahlen der Bläsaarten und -früchte, die in erster Linie für die Blindindustrie in Frage kommen, für das erste Halbjahr 1929 mit dem ersten Halbjahr 1928, dann erhalten wir folgendes Bild:

Einfuhr an Bläsaarten in Doppelzentnern:

Table with 3 columns: Warengattung, 1. Halbjahr 1928, 1. Halbjahr 1929. Rows include Raps, Rübsen, Senf, Sonnenblumen, Erdnüsse, ungeschält, Erdnüsse, geschält, Sesam, Leinsaat, Leinmehl, Baumwollsaamen, Sojabohnen, Palmkerne, Kopra.

Nach obiger Zusammenstellung sind im ersten Halbjahr 1928 = 12 672 325 Doppelzentner Bläsaarten und -früchte eingeführt worden, im Jahre 1929 dagegen 13 578 064 Doppelzentner. Das bedeutet, daß die eingeführten Rohstoffmengen im ersten Halbjahr 1929 gegenüber dem ersten Halbjahr 1928 um rund 900 000 Doppelzentner gestiegen sind. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Rohstoffzufuhr im Jahre 1928 bereits um über 5 Millionen Doppelzentner gegenüber dem Jahre 1927 zugenommen hat. Die einzelnen Saatarten zeigen auch in diesen beiden Halbjahren erhebliche Schwankungen. Erdnüsse und Sojabohnen nehmen bei der Einfuhr in jedem Jahre stark zu. In diesem ersten Halbjahre hat auch Kopra erheblich zugenommen. Erdnüsse und Soja gewinnen aber immer mehr die Oberhand, während andere Saatarten gegen früher immer mehr zurückbleiben. Da die Bläsaarten mit steigender Einfuhr tendenz vorwiegend bläsaarm sind, steigt die Ölproduktion nicht ohne weiteres im gleichen Umfange wie die Saateinfuhr. Immerhin aber hat die Blindindustrie im ersten Halbjahr bei ihrer Saatverarbeitung gut abgeköpft. Beachtet man, daß die deutsche Blindindustrie im Jahre 1913 insgesamt rund 17 Millionen Doppelzentner Bläsaarten eingeführt und verarbeitet hat und daß sie im letzten Halbjahre bereits die Höhe von 13,5 Doppelzentner bei der Einfuhr und Verarbeitung der Bläsaarten überschritten hat, dann zeugt das davon, daß die deutsche Blindindustrie ihr Absatzgebiet von früher nicht nur erreicht, sondern bedeutend erweitert hat.

Die Einfuhr der in erster Linie in Betracht kommenden Bläsaarten betrug im ersten Halbjahr 1928 = 309 250 Doppelzentner und im ersten Halbjahr 1929 = 307 256 Doppelzentner. Sie ist also in beiden Halbjahren ungefähr gleich. Die Einfuhr von Senf, die in erster Linie in Frage kommen, betrug im ersten Halbjahr 1928 = 662 676 Doppelzentner, im ersten Halbjahr 1929 dagegen 661 068 Doppelzentner. Die Einfuhr ist mithin um rund 50 Prozent gegenüber dem vorigen Halbjahr gestiegen. Die Einfuhr von Bläsaarten kommt für Deutschland kaum in Betracht.

Fassen wir das Ergebnis dieser kurzen Betrachtung zusammen, dann kommen wir zu dem Schluß, daß die deutsche Blindindustrie ein gutes Halbjahr hinter sich hat. Sie hat bislang immer über eine starke Auslandskonkurrenz geklagt. Die erhebliche Ausfuhrsteigerung im letzten Halbjahr zeigt jedoch, daß sie dem Auslande gegenüber durchaus konkurrenzfähig ist. Die deutsche Blindindustrie gehört zu jenen Industriezweigen, die Rohstoffe vom Auslande beziehen und in Deutschland z. T. für den Selbstverbrauch und zum kleinen Teil für die Ausfuhr verarbeiten. Im Interesse der deutschen Wirtschaft und speziell im Interesse der deutschen Arbeiter kann man nur wünschen, daß diese Industrie sich weiter so günstig entwickelt.

E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie Italiens.

Die Spielwarenherstellung in Italien erstreckt sich in der Hauptsache auf Waren minderer Qualität, auf gute Qualitätsware nur in geringem Umfange.

Die Anfertigung von Kinderspielzeug verschiedener Art soll schon bei den alten Römern üblich gewesen sein. Karl Gröber führt in seinem 1927 erschienenen Buch „Kinderspielzeug aus alter Zeit“ an, daß Raffeln aus Holz, Gefäße aus Ton, kleine zweirädrige Wägelchen mit einem langen Weichselstiel, Steckenpferde, Krieger und andere Figuren aus Holz und Ton schon in der Zeit vor Christi Geburt bei den alten Griechen und Römern angefertigt wurden. Zur Bekräftigung dieser Feststellung führt Gröber die Schriftsteller des Altertums: Sokrates und Aristophanes sowie den Feldherrn und Mathematiker Archytas an. Diese haben in ihren schriftstellerischen Abhandlungen von Spielzeug bekannter Art bei den alten Griechen und Römern berichtet.

Auch Tonpuppen sollen schon in jener Zeit vorhanden gewesen sein. Ob die selbstgeformten Puppen aus jener Zeit nur als Kinderspielzeug Verwendung fanden, steht nicht fest. Gröber nimmt an, daß manche dieser Figuren auch als Götter oder auch als Ikonenbilder angesprochen werden können, die zu deren Verehrung aufgestellt wurden.

Die Herstellung von Kinderspielzeug scheint sich in Italien im Laufe der Zeit von rund 2000 Jahren in engem Rahmen gehalten zu haben; denn die eigentliche Spielzeugindustrie ist erst 1870 entstanden. Die erste Fabrik hatte in der Gegend von Mantua ihren Sitz. Später dehnte sich die Industrie auch auf Mailand aus. Es wurden in der Hauptsache traditionelle Puppen hergestellt. Eine erfolgreiche Entwicklung

blieb der aus den 70er Jahren bekannt gewordenen Spielwarenindustrie verlagert. Erst die Nachkriegszeit hat eine bessere Entwicklung gebildet.

Nach Feststellungen entstand 1919 in Turin die erste Fabrik, die Stoffpuppen mit lebhafter Bemalung anfertigte. Die Erzeugnisse dieser Fabrik wurden seltener als erstklassige Schöpfungen angesehen. Die Leipziger Messe nahm diese italienischen Stoffpuppen sehr günstig auf. Nach Turin entstanden auch in Mailand, Florenz, Rom, Mantua, Brescia, Como, Venedig, Lazio, Campania, Bozen und in fast allen anderen größeren Städten Italiens Fabriken. Eine gute Entwicklung dieser Industrie blieb nicht aus. Es wurden hergestellte Puppen aller Art sowie Tiere aus Stoff. Zur gleichen Zeit befaßten sich auch noch andere Industrien mit Herstellung von Spielwaren. Neben den Stoffspielwaren wurden mechanische Spielwaren verschiedener Art in Metall, Holz, Porzellan, Gummi, Zelluloid, Papiermaché usw. hergestellt.

Zum Teil hat sich die italienische Spielwarenerzeugung den volkstümlichen Charakter bei der Herstellung von Spielzeug bewahrt. Der „Wegweiser“ schreibt hierüber in seiner Nummer 11 vom 30. Mai 1929 folgendes:

„Die Spielwarenerzeugung mancher Gegenden hat sich noch einen volkstümlichen Charakter zu wahren gewußt. Es sei hier an die Holzspielereien in Bozen und Umgebung, an gewisse sizilianische und sardinische Spielwaren erinnert. In Sizilien stellt man vorzugsweise Puppen mit altertümlicher Tracht her; vor allem die sizilianischen Karrenfahrer werden viel nachgebildet. In Sardinien stellt man seit neuerer Zeit viel Gießerpuppen in den sardinischen Trachten her. Endlich muß auch die Herstellung der Krippen und der dazu gehörigen Krippenfiguren erwähnt werden.

Die Arbeitskraft ist das Wichtigste.

In diesem Kreis, wo man nicht glauben wird, ich wolle agitatorisch reden, frage ich keine Bedenken, zu sagen, daß ein Grunderfordernis der Leistungssteigerung in der Industrie die Erkenntnis ist, daß der Arbeiter durch verbesserte Lebenshaltung, durch höhere Löhne arbeitsfreudig gemacht und erhalten werden muß. Wir benötigen eine geistige Umstellung der Art, daß zwischen Kapital und Arbeit die Arbeit das Edlere, volkswirtschaftlich Wichtigere ist, daß ihr bei der Verteilung des Arbeitsertrages der Vorrang gebührt. Das gehört zur Arbeitsrationalisierung, denn es ist Verächtlichmachung des Seelischen. Und die Seele ist das Wesentliche, der Körper zwar die Voraussetzung ihrer menschlichen Entfaltung, aber doch nur die Erscheinungsform im Wandel, dessen Ursprung und Ausgang wir nicht kennen.

Geweremedizinrat Dr. S. Gerbis auf der Jahreshauptversammlung der Gewerbeaufsichtsbeamten 1927 in Hamburg.

die in Italien eine große Rolle spielen, da die Weihnachtskrippe in Italien die Stelle des Christbaumes vertritt, und vom Faschismus wird die Weihnachtskrippe, die in den letzten Jahren dem nördlichen Tannenbaum Platz zu machen begonnen hatte, wieder mehr begünstigt und als „italienisch“ bezeichnet.

Derartige Krippenfiguren, die oft schon künstlerischen Wert haben, aber ebenso oft recht kitschig sind, werden vorzugsweise in Lecce, in Südtirol, Ligurien und in den Abruzzen hergestellt.

Trotz der guten Entwicklung der eigenen Spielwarenindustrie war die Einfuhr von Spielwaren nach Italien in den letzten Jahren immer noch sehr erheblich. Es wurden durchschnittlich pro Jahr für 15 Millionen Lire Spielwaren eingeführt, 1928 sogar für 21,5 Millionen Lire.

Im Vergleich zu 1913 hat die Ausfuhr von Spielwaren aus Italien einen ziemlichen Aufschwung genommen. Ihren Höhepunkt scheint die Entwicklung der italienischen Spielwarenindustrie, gemessen an ihrer Ausfuhr, 1927 erreicht zu haben. Die Ausfuhrzahlen zeigen, daß 1928 die Ausfuhrkurve scharf nach unten abbiegt. Nachstehend eine Übersicht über die ausgeführten Spielwaren in Menge und Wert der Jahre 1927 und 1928.

An Spielwaren wurden aus Italien ausgeführt:

Table with 5 columns: Spielwarengattung, 1927 (Kilo, Lire), 1928 (Kilo, Lire). Rows include Spielwaren aus Holz, Spielwaren, gewöhnliche, Augen und Perücken, Puppen, einfache, Puppen, feine, Spielwaren aus Metall, Spielwaren aus Papiermaché, Puppen, einfach, aus verschiedenem Material, Spielwaren, mechanische, Spielwaren, feine, Spielwaren aus Zelluloid, Spielwaren aus Terrakotta, Spielwaren aus Gummi, Spielwaren aus Stein usw.

Vorstehende Aufzeichnung läßt erkennen, daß die italienische Spielzeugausfuhr 1928 im Vergleich zu 1927 um 45 272 Kilogramm im Werte von 2 198 546 Lire zurückgegangen ist.

In der Vorkriegszeit hat die italienische Spielwarenindustrie ihre Produkte in der Hauptsache nach Deutschland und Brasilien ausgeführt, soweit sie nicht der Inlandsmarkt aufbrauchte. In der Nachkriegszeit hat sich der Abnehmerkreis bedeutend erweitert. Aus der Ausfuhrstatistik 1928 ist zu ersehen, daß die italienische Spielwarenindustrie gegenwärtig nach untenstehenden Ländern exportiert, und zwar in Menge und Wert wie aufgeführt:

Ausfuhr italienischer Kinderspielwaren 1928 nach:

Table with 3 columns: Land, Kilo, Lire. Rows include Griechenland, Albanien, Belgisch-Kongo, Jugoslawien, Tripolis u. Cyrenaka, Tschechoslowakei, Ägypten, Frankreich, Schweiz, Spanien, Österreich, Deutschland, England, Argentinien, USA, anderen Ländern.

H. Eiflein.

Rundschau.

Christliche Gewerkschaft und Sozialdemokratische Partei.

Der Zentralverband der christlichen Tabakarbeiter hat an die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei folgendes Schreiben gerichtet:

Düsseldorf, 29. August 1929

An die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Berlin (Reichstag).

Wir gestatten uns ergebenst, Ihnen von einer Entschließung Kenntnis zu geben, die am 30. Juni 1929 auf unserem Verbandstag in Freiburg einstimmig angenommen wurde. Die Entschließung lautet:

„Der 9. Verbandstag des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands nimmt mit Entrüstung von den Reformvorschlägen Kenntnis, die im Reichstag eingebracht wurden und durch die die Leistungen der Arbeitslosenversicherung wesentlich verschlechtert, zum Teil sogar aufgehoben werden sollen. Die gemachten Reformvorschläge würden die Grundlagen der Arbeitslosenversicherung gefährden und die unverschuldet arbeitslos gewordenen Versicherten ganz erheblich schädigen.

Der Verbandstag richtet deshalb an die Reichsregierung und an den Reichstag das dringende Ersuchen, alle Reformvorschläge und Anträge, durch die eine Verschlechterung der Versichertenleistungen herbeigeführt werden soll, abzulehnen.

Ist eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung ohne eine vorübergehende Beitragserhöhung nicht möglich, so erklärt sich der Verbandstag auch mit einer solchen einverstanden.“

Im Interesse unserer arbeitslosen Mitglieder bitten wir Sie höflichst, im Sinne vorstehender Entschließung wirken zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands.

Vorsitzender.

Aus diesem Schreiben darf man wohl den Schluß ziehen, daß die christlichen Tabakarbeiter zur Sozialdemokratischen Partei mehr Vertrauen haben als zu irgendeiner anderen Partei.

Wohin kann man auswandern?

Der Referent für Wanderungsfragen beim Internationalen Arbeitsamt in Genf, Professor Ferenczi, schildert im „Wirtschaftsdienst“ die Maßnahmen der Einwanderungsländer gegen unerwünschte Einwanderung. Außer den bekannten Einschränkungen der Auswanderung durch die Vereinigten Staaten nimmt Kanada nur ein Drittel der vorjährigen Anzahl von kontinentalen Europäern auf, um, soweit überhaupt möglich, Einwanderer von England und dem Britischen Reich anzunehmen. Australien stellt für die Nichtbriten (Italiener, Griechen, Südslawen usw.) niedrige Einwanderungskontingente auf. Neuseeland verschließt sich nunmehr auch gegen jede britische Einwanderung. Südafrika stellt ganz besondere finanzielle Bedingungen an die Einwanderer. Es bleiben daher dem kontinentalen, überbevölkerten Europa hauptsächlich Argentinien, der nicht tropisch gelegene Teil Brasiliens und jene kleinen südamerikanischen Republiken offen, in denen nimmere Anstalten zu einer großzügigen Kolonisation getroffen werden. Japaner finden dergestalt eine größere Anzahl ihrer Staatsbürger nur nach Brasilien, während vor den Chinesen und Indern die außerasiatische Welt, von seltenen Ausnahmen (z. B. französische Kolonien) abgesehen, versperrt wird.

Der Galgenstrick der „Arbeitgeber-Zeitung“.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ brachte in ihrer Nr. 32 vom 11. August 1929 eine Besprechung eines Buches über die Geschichte des Ruhrbergbaus und leistete sich darin unter anderem folgendes Satz:

„Unklar bleibt nur, was General Watter hinderte, den Mann, der ihn in der Ausübung militärischer Erfordernisse hemmte, zu arretieren und im Staatsinteresse aufzuknüpfen.“

Der Satz bezieht sich auf die Vorgänge von 1919, und der Mann, der nach dem Wunsche der „Arbeitgeber-Zeitung“ hätte aufgeknüpft werden sollen, war der damalige Reichs- und Staatskommissar Severing.

Welcher Galgenstrick darf in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ so etwas schreiben? Man fühlt aus diesen Worten so richtig den Geist der Fememörder. Es ist gut, wenn die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ immer so offen ihre politischen Mittel ins Schaufenster legt, man weiß dann, wie man sie zu behandeln hat.

Literarisches.

„Der Beamte“, die neue wissenschaftliche Beamtenzeitschrift, Soeben ist das Heft 3 der in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. B. S. erscheinenden Vierteljahrshefte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik unter dem Titel „Der Beamte“ herausgegeben. Die nunmehr vorliegenden drei Hefte bringen auf 280 Druckseiten eine Fülle von Material zur Beurteilung aller beamtenpolitischen Fragen. Der Abonnementspreis stellt sich pro Jahr auf 10 Mk., kann aber auch in Vierteljahrsraten à 2,50 Mk. eingelöst werden.

